Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, so wie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1.80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie
für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis 1/2 9 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 48. Bielefeld, Freitag, 26. Februar 1909. 20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

In der Sackgasse.

lg. Von der heutigen Sitzung der Finanzkommission des Reichstages hatte man eine Klärung der überaus verworrenen Situation erwartet und zugleich auch eine Lösung der Frage, ob und auf welcher Weise es gelingen würde, einen dem Anschlage der Regierung entsprechenden Betrag auf dem Wege der direkten Besteuerung zu bekommen. Der Verlauf der Sitzung hat diese Erwartungen nicht erfüllt, alles bleibt im Nebel, und dort, wo er sich lichtet, sieht man zwar nicht die fehlenden 150 Millionen, wohl aber die Herren, die sie — nicht bezahlen wollen. Zentrum, Konservative und Reichsparteiler haben sich gefunden, um die Finanzreform in ihrem Sinne, d. h. in einer den Agrariern genehmen Weise zu machen. Das ist das einzige, worüber heute Klarheit besteht. Sie haben sich nicht gesucht, wie Herr v. Richthofen heute versicherte, die Konservativen sind nicht zum Zentrum und das Zentrum ist nicht zu den Konservativen gekommen. Verwandte Seelen finden sich eben, ohne daß sie sich suchen. Aber sie haben sich gefunden, und scheinbar hat auch die Regierung an diesem Steuerblock nichts auszusetzen. Die Vorschläge des Nationalliberalen Dr. Weber, eine wirkliche und wirksame Besitzsteuer durch das Reich einzuführen, bezeichnete der Schatzsekretär als unannehmbar, weil eine derartige Steuergesetzgebung in die Hoheitsrechte der Einzelstaaten greife und dem Geiste der Reichsverfassung widerspreche. Eine gleich entschiedene Ablehnung fanden die Vorschläge der Abgeordneten Gamp und Herold indessen nicht, obgleich auch hiergegen der Schatzsekretär einige Bedenken äußerte. Er möchte am liebsten seine Nachlaßsteuer bewilligt haben und gibt sich immer noch der Hoffnung hin, trotz Zirkus Busch und Steuerreformen und alledem, daß er die Krautjunker bis zur zweiten Lesung bekehrt. Bekommt er die Nachlaßsteuer nicht, wird er wahrscheinlich mit dem vorlieb nehmen, was ihm — auf dem Papier wenigstens — Zentrum und Konservative zugestehen wollen.

Der Zentrumsantrag hat folgenden Wortlaut.

„Die Kommission wolle beschließen: den § 1 des Finanzreformgesetzes wie folgt zu fassen:

§ 1. An Stelle der nach Art. 70 der Reichsverfassung aufzubringenden Matrikularbeiträge ist von den Bundesstaaten eine durch Belastung des Einkommens und Vermögens aufzubringende Abgabe (Besitzsteuer) zu entrichten; für die Dauer ihrer Entrichtung werden Matrikularbeiträge nicht erhoben.

Der zu erhebende Betrag wird alljährlich durch das Reichshaushaltsetatsgesetz bestimmt, derselbe darf für die Rechnungsjahre 1909 bis 1913 die Summe von 150 000 000 Mark jährlich nicht übersteigen.

Die Abgabe ist in vierteljährlichen Raten nach näherer Anweisung des Bundesrats an die Reichskasse abzuführen.

Der von den einzelnen Bundesstaaten zu entrichtende Betrag ist auf Grund des in diesen vorhandenen, nach einheitlichen Grundsätzen zu ermittelnden gesamten Einkommens und reinen Vermögensbestandes festzustellen.

Solange die Grundlagen für diese Feststellung nicht in allen Bundesstaaten vorhanden sind, ist die Abgabe nach Maßgabe der Bevölkerung zu entrichten; hierbei bleibt für Sachsen-Meiningen, Waldeck, Lippe und Schaumburg-Lippe ein Drittel der Bevölkerung außer Betracht."

Eine Steuer nach diesen Vorschlägen würde nur deswegen eine Besitzsteuer sein, weil ihre Erfinder ihr diesen Namen gegeben hätten. Die Wirkung eines solchen Steuergesetzes würde die trügerische Bezeichnung Besitzsteuer aber keineswegs rechtfertigen. Wer erwartet vom Bundesstaat Preußen ein anderes, als ein agrarisches Gesetz? Wer glaubt von den Gesetzgebern Preußens, daß sie die Lasten auf die tragfähigen Schultern legen werden? — —

In der Sackgasse! Das ist die Signatur der Situation. Hinter den Kulissen wird gekuhhandelt, und man will nicht eher die Kommissionsberatung wieder aufnehmen, bis die Händler sich einig geworden sind.

Ein Rückschritt und ein Fortschritt.

Der Reichstag beendete Freitag die Beratung des sozialdemokratischen Initiativantrags auf reichsgesetzliche Regelung der in Land- und Forstwirtschaft geltenden Arbeitsverhältnisse. Dazu schreibt ein freisinniges Blatt: „Die Debatte bereitete durch viele freiwillig und unfreiwillig komische Beiträge dem Hause recht viel Vergnügen, so daß eine Heiterkeitssalve die andere ablöste." Das klingt recht wenig schmeichelhaft für das hohe Haus, denn die Lage der ländlichen Arbeiter ist am wenigsten geeignet dazu, die Heiterkeit einer gesetzgebenden Versammlung zu erregen; ein Parlament, das sich seiner Pflichten bewußt ist, sollte dafür nur zornigen Unmut und tatkräftige Hilfe bereit haben.

Immerhin darf der Reichstag für seine Heiterkeitsausbrüche mildernde Umstände beanspruchen. Denn das ostelbische Junkerregiment stellte in dem bürgerlichen Domänenpächter Arendt-Labiau einen Preisfechter, der einem grotesken Clown zur Verwechseln ähnlich sah. Deshalb spendete die Rechte bei ihrer geistigen Anspruchslosigkeit ihm doch stürmischen Beifall, aber um so weniger mag man es der Linken verargen, wenn sie den Hanswurst zunächst als das nahm, als was er sich vorstellte. Jedoch ist er damit nicht abgetan, sondern gerade als komische Person sehr ernst zu nehmen: eine Sache, die an solchen Narreteien nicht untergeht, muß gewiß eine sehr schlechte Sache sein, aber doch auch eine Sache, die noch allzu festen Boden unter den Füßen hat.

Die ostelbischen Junker haben nie den Fluch der Lächerlichkeit gescheut, wenn es ihre greuliche Ausbeutung und Unterdrückung der ländlichen Arbeiter zu verteidigen galt. Schon vor hundert Jahren prostituierten sie sich genau so, wie sie Freitag durch ihren bürgerlichen Helfershelfer prostituiert wurden, aber dennoch blieben sie als Sieger auf dem Kampfplatz. Sie bekämpften heftig das Oktoberedikt von 1807, das die Erbuntertänigkeit der Bauern aufhob, und ein wackerer Junker erklärte: lieber drei Schlachten von Jena und Auerstedt als ein solches Edikt; immerhin hatten sie noch den Trost, daß ihnen die persönliche Freiheit der Bauern erleichterte, diese von ihren Höfen zu treiben, dagegen gerieten sie in um so größere Wut, als der Freiherr vom Stein sich nun auch daran machte, die gutsherrliche Polizei und die patrimoniale Gerichtsbarkeit zu beseitigen, also diejenigen Vorrechte der Junker, die ihnen in erster Reihe ermöglichten, die ländliche Bevölkerung an Händen und Füßen zu knebeln.

Stein kannte die Rasse, mit der er es zu tun hatte, und suchte die öffentliche Meinung, soweit es damals eine gab, gegen die Junker mobil zu machen. Er ließ ein Flugblatt unentgeltlich verbreiten, worin die patrimoniale Gerichtsbarkeit gebrandmarkt und die Junker als Gerichtsherren angesprochen wurden: „Ihr könnt nicht die ganze gebildete Welt zu dem Verdacht reizen wollen, daß die Gerichtsbarkeit in euren Händen nur ein Mittel gewesen sei, unter dem Anschein des Rechtes, unterstützt von fahrlässigen, feigen oder eigennützigen Gerichtshaltern, eure Gutseingesessenen alle Greuel der Willkür und Selbstsucht ungeahndet empfinden zu lassen." Natürlich aber pfiffen die Junker auf die „ganze gebildete Welt", und so wenig wie Steins sittliches Pathos rührte sie der beißende Witz, womit er in der „Königsberger Zeitung" die patrimoniale Gerichtsbarkeit als eine Winkeljustiz zum Nachteil des natürlichen Rechtes und den Eßtisch, zu dem der Gerichtsherr den Gerichtsverwalter einlade, als ein Korruptionsmittel verspottete, das zwar unverdächtig aussehe, aber wie feines Gift wirke, womit der Rittergutsbesitzer als ein Mann dargestellt wurde, der Kläger, Richter und Henker in einer Person sein wolle, und der Aktenwagen des Patrimonialrichters, der auf den Hof gefahren komme, als ein Thespiskarren, womit wandernde Komödianten umherzögen.

Alles das prallte an dem dicken Fell der Junker ab, ganz wie heute, und ganz wie heute setzten sie sich auch auf das hohe Pferd der Uneigennützigkeit. In einer Eingabe an Stein erklärten sie am 25. Oktober 1808, die Patrimonialgerichtsbarkeit sei ihnen lästig und kostspielig, denn meistens erließen sie die Sporteln. Nicht Herrschsucht, nicht Gewinnsucht leite sie, sondern Fürsorge für das Wohl ihrer Einsassen. In den meisten Fällen schlichte der Gutsherr selbst die entstehenden kleinen Händel zur Zufriedenheit beider Teile, so daß viele, sehr viele Güter im Lande seien, wo Jahre hingingen, ehe ein Gerichtstag gehalten werde. Werde jetzt den Gütern die Gerichtsbarkeit genommen, so müsse der Landmann in die Stadt, verliere dort Geld und Zeit, besuche das Wirtshaus, trinke und spiele oder zanke, werde für den Ackerbau verdorben, vernachlässige die eigene und die gutsherrliche Wirtschaft, und schließlich kämen sie alle an den Bettelstab. Es ist wörtlich dieselbe Litanei, wie sie Freitag der junkerliche Helfershelfer Arendt im Reichstag vorbrachte, nur daß er mit der persönlichen Uebertreibung des Epigonen aus dem „Bettelstab" lieber gleich das „Zuchthaus" machte.

Stein war nun freilich nicht der Mann, die junkerliche Unverschämtheit bloß von der heiteren Seite zu nehmen. Gemeinsam mit Schön antwortete er den Biedermännern: „Ihre bestimmte Erklärung, daß die Patrimonialgerichtsbarkeit den Gutseigentümern bei weitem mehr nachteilig als nützlich gewesen ist, spricht dafür, daß Sie, meine Herren, Ihre Pflichten als Gerichtsherren wahrgenommen und nicht Kosten gescheut haben, um Ihren Obliegenheiten nachzukommen." Zwar könne es bei einer so über alles wichtigen Sache, wie es die Verwaltung von Recht und Gerechtigkeit sei, nicht auf untergeordnete finanzielle Rücksichten ankommen. „Aber Ihrer offenen Erklärung, die Ihrer Würde als Repräsentanten des wichtigsten Standes im Staate angemessen ist und die das Vertrauen, das das Volk in Sie setzt, begründet, ist mir deshalb wichtig, weil dadurch einige Hauptschwierigkeiten entfernt werden." Das geltend gemachte Bedenken beruhe auf einem Mißverständnis: „Denn auch nach Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit wird es jedem Gutsbesitzer, wie jedem Manne, gegen den das Volk Achtung und zu dem es Vertrauen hat, überlassen bleiben, Streitigkeiten zur Zufriedenheit beider Teile zu schlichten, und auch fernerhin wird es jedem Gutsbesitzer erlaubt sein, die notwendig zu zahlenden Gerichtskosten für die Personen zu entrichten, die auf seinem Gute wohnen. Ueberhaupt soll und wird dadurch niemand beschränkt werden, denen, die ihm zunächst leben, überhaupt Gutes zu tun." Und zum Schlusse taten Stein und Schön das naive Zugeständnis der Junker, daß von ihnen von oft in Jahren kein Gerichtstag abgehalten werde, mit den Worten ab: „Die Rechtspflege kann in einem wohlgeordneten Staate niemals ruhen."

Diesem vernichtenden Hohne waren die Junker nun nicht gewachsen. Man hätte also erwarten können, daß sie sich wenigstens in schamhaftes Schweigen hüllen würden. Aber wer diese Erwartung gehegt hätte, würde dadurch nur bekundet haben, daß er die Rasse nicht kennt. Jene Verecundia, die nach Treitschkes Behauptung germanischen Menschen niemals fehlen soll, fehlt den ostelbischen Junkern ganz und gar. Kaum hatten sie die Abfertigung in der Tasche, in der Stein und Schön ihnen die hundertfach verdiente Verachtung bezeugt hatten, als sie Gefahr im Verzug witterten und den eigenen Kot verschlangen, um nur ja ihren schmutzigen Appetit zu befriedigen. Hatten sie am 25. Oktober erklärt, daß an „vielen, sehr vielen Orten" überhaupt kein Gerichtstag abgehalten werde, so sagten sie am 2. November, das sei nur an „einigen Orten" nicht der Fall, und hatten sie am 25. Oktober erklärt, die Patrimonialgerichtsbarkeit verursache ihnen nur Kosten, so erklärten sie am 2. November, sie sei so einträglich für sie, daß sie für den Fall ihrer Aufhebung eine Entschädigung erhalten müßten, sintemalen ein fester Staat jeden bei dem Seinigen erhalte. Mit Recht bemerkt dazu Max Lehmann, der bürgerliche Biograph Steins: „Man bedauert den großen Reformator und seine wackeren Mitarbeiter, daß sie sich mit solchen Widersachern herumschlagen mußten." Stein verschmähte diesem Gesindel gegenüber nun selbst den Hohn und erklärte am 10. November einfach, die Patrimonialgerichtsbarkeit werde aufgehoben werden, worauf er vierzehn Tage später, am 24. November, seine Entlassung in der Tasche hatte.

Die Patrimonialgerichtsbarkeit aber blieb und wurde erst 1848 durch die aufständischen Bauern so gründlich aus der Welt gefegt, daß selbst die Junker nach dem Siege der Gegenrevolution sie nicht wiederherzustellen wagten. Diese revolutionäre Methode hatte ihre entschiedenen Vorzüge, wie man auch daran sehen kann, daß die gutsherrliche Polizei, die durch die famose Kreisordnung von 1872 beseitigt wurde, noch munter fortlebt, mit dem einzigen für die von ihr Geplagten ganz unwesentlichen Unterschiede, daß sie den Junkern nicht mehr angeboren, sondern von Staats wegen übertragen wird. In ihrem Wesen wird sie noch unerträglicher, weil sie in ihrer Form milder erscheint.

Wenn nun die gegenwärtigen Junker durch ihr Auftreten im Reichstag am Freitag sich ihrer Ahnen, die mit dem Freiherrn vom Stein so kurzen Prozeß machten, durchaus würdig erwiesen, so wiederholen sich bekanntlich historische Situationen niemals völlig, und ein doppelter Unterschied ist wohl bemerkbar. ein Schritt nach rückwärts, aber auch ein Schritt nach vorwärts. Ein Schritt nach rückwärts, denn heute haben die Junker nicht einmal einen Freiherrn vom Stein sich gegenüber, sondern nur einen Fürsten Bülow, den gehorsamsten aller Junkerknechte, die seit hundert Jahren einen preußischen Ministersessel geziert haben. Ein Schritt nach vorwärts, da selbst in der Kapuzinade des Herrn Arendt ein Klang des Schmerzes darüber erzitterte, daß die ländlichen Arbeiter sich wieder zu entsinnen anfangen, auf welche Weise sie allein sich alle junkerlichen Plackereien vom Halse schaffen können.

Wer hätte nicht die tragische Wucht empfunden, womit Herr Arendt erklärte, die Junker müßten auf ihren Gütern fünf gerade sein lassen. Das heißt aus dem Junkerlichen ins Deutsche übersetzt: sie dürfen nicht mehr wagen, die lederne Peitsche über ihre Knechte und Tagelöhner zu schwingen, wie es ehedem ihre liebe Gewohnheit war, und sie müssen sich auch sonst im Schikanieren ihrer „Leute" gewisse Schranken auferlegen, denn die „Leutenot" zwackt und zwickt den Geldbeutel der Junker, den einzigen Punkt, wo sie empfindlich sind. Diese Schmerzenstöne des Herrn Arendt waren echt, nur um ihretwillen kann ihm sein sonstiges Geschwafel verziehen werden.

Wir wissen wohl, daß es nur erst ein Anfang ist, aber doch ein Anfang, der das Ding am richtigen Ende packt, ein anerkennenswerter Unterschied von den hoffnungslosen Apellen an die Ehre und die Vernunft der Junker, womit die Schön und Stein vor hundert Jahren so gänzlich gescheitert sind.

(Franz Mehring in der „Neuen Zeit".)

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Vom „liberalen" Vereinsgesetz. Am 1. November v. J. sprach Genosse Bömelburg in Dortmund in einer Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den Wahlkreis Dortmund-Hörde über die Budgetfrage. Der Veranstalter dieser Versammlung, der Parteisekretär Genosse Klupsch, wurde vom Dortmunder Schöffengericht — weil er die Mitgliederversammlung nicht angemeldet hatte — zu einer Geldstrafe von 30 Mk. verurteilt. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer verworfen.

In der Urteilsbegründung heißt es: Der sozialdemokratische Wahlverein habe etwa 8000 Mitglieder und erstrecke sich über einen ganzen Kreis, einem Gebiete von räumlich großer Ausdehnung. Die Organisation selbst sei eine lose, und der Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Voraussetzungen gebunden, daß in Anbetracht all dieser Umstände von dem Vereine nicht gesagt werden könne, daß die Mitglieder einen in sich geschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen bildeten. Im Gegensatz zu eigentlich geschlossenen Versammlungen könne daher bei Veranstaltungen eines solchen Vereines nur von öffentlichen Versammlungen die Rede sein.

Gegen das Urteil ist Revision eingelegt.

Aus dem Reichstag.

In der Budgetkommission kam es Mittwoch früh zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Staatssekretär Dernburg und den Abgg. Arendt und Dr. Arning, die in diesem Falle den Block vertraten. Es handelte sich um die sogenannte Selbstverwaltung in Ostafrika. In die Einnahmen aus der eigenen Verwaltung der Kolonie Ostafrika ist eine größere Summe eingestellt aus den Einkommen und Vermögen der Kommunen und Kommunalverbände. Bisher bestand dort die Einrichtung, daß die Hälfte der aufgebrachten Hüttensteuer den Kommunen und Kommunalverbänden zur freien Verwendung überlassen werden mußte. Mit diesem Anteil der Gemeinden an der Hüttensteuer ist der tollste Mißbrauch und die größte Mißwirtschaft getrieben worden. Von einer Selbstverwaltung kann in den meisten Fällen in Ostafrika nicht die Rede sein. Die Verwaltung wird dargestellt und gebildet durch den Bezirksamtmann und einige von ihm ernannte weiße Ansiedler oder Regierungsbeamte. Ueber die Verwendung der Gelder haben die Organe nicht die geringste Rechenschaft abzulegen. — Die Kolonialverwaltung plant nunmehr, sämtliche Einnahmen aus der Hüttensteuer dem Gouvernement zuzuweisen. Von diesem aus werden Pauschalbeträge zur Unterstützung kommunaler Einrichtungen und zur Förderung der Entwicklung in den Kolonien angewiesen. Gegen diese Absicht wenden sich in schärfster Form die Abgg. Arendt und Arning. Letzterer beantragt, wenigstens in diesem Jahre noch die Dinge beim alten zu belassen und abzuwarten, bis der Unterstaatssekretär von Lindequist aus Ostafrika zurückkommt, um unter Benutzung von seinen Erfahrungen an eine, wenn auch nicht so grundlegende Aenderung, wie sie von der Regierung beabsichtigt sei, heranzugehen. — Sehr erregt antwortete der Staatssekretär Dernburg den beiden Rednern. Besonders dem Abg. Arendt sagte er, seine Rede sei ein Plädoyer für die Beamten der Kolonialverwaltung und für die Kolonialinteressenten an dem Vermögen der Gemeinden gewesen. Er weist aus Berichten des Rechnungshofes nach, in welch skandalöser Weise Mißbrauch mit diesen Geldern getrieben wurde. Es ist dort im Laufe der Zeit eine förmliche Korruption eingerissen, gegen die sich nunmehr im Interesse des Budgetrechts des Reichstages der Staatssekretär wendet. Besonders verbittet er sich auch, in Gegensatz zu seinem Unterstaatssekretär v. Lindequist gestellt zu werden. Er habe die Leitung, er sei verantwortlich, und wenn man Untergebene gegen ihn ausspielen wolle, dann mache der eine oder andere nicht mehr mit.

Auf die Seite des Staatssekretärs trat das Zentrum und unser Genosse Singer in nachdrücklichster Weise. Singer trat der Auffassung aus budgetären Gründen bei, bekennt sich selbstverständlich auch als Anhänger der Selbstverwaltung, aber wenn man in den Kolonien von einer Selbstverwaltung rede, dann müßten die Eingeborenen, die die Steuer aufzu-

bringen haben, auch an der Selbstverwaltung beteiligt sein.

Vom Zentrum und von der Sozialdemokratie wird die Bekanntgabe des von Dernburg vorgetragenen Materials gewünscht. Frhr. v. Gamp wehrt sich gegen diese Vorschläge mit Händen und Füßen, ihm wäre es am liebsten, wenn die ganze Geschichte begraben und ausgeglichen würde.

Nachdem die Debatte zirka drei Stunden gewährt hatte, kam es zu einem Ausgleich, einer allgemeinen Versöhnung. Alle gestellten Anträge und Resolutionen wurden zurückgezogen; die Vorschläge der Regierung wurden angenommen, nachdem der Staatssekretär zugesichert hatte, die Gemeinden und Kommunalverbände — soweit sie Bedürfnisse haben — so viel als möglich zu berücksichtigen.

Angenommen wird ferner eine Resolution, in späterer Zeit Gemeindeabgaben in den selbständigen Gemeinden einzuführen.

Der Etat für Ostafrika wird ohne wesentliche Aenderungen genehmigt.

Der Seniorenkonvent beriet heute von neuem über die Geschäftslage des Hauses. Man beschloß zunächst den Kolonialetat und dann den Etat des Reichspostamts zur Beratung zu stellen. Am 8. März hofft man mit dem Militäretat beginnen zu können, an den sich dann der Marineetat anschließen soll. Die Tage vom 13. bis 16. März sollen sitzungsfrei bleiben. Ob es gelingen wird, den Kontingentierungsplan durchzuführen, bleibt sehr zweifelhaft. Man will es nötigenfalls unter Zuhilfenahme von Abendsitzungen versuchen. Der Schatzsekretär wurde aber schon jetzt beauftragt, eventuell ein Etatsnotgesetz einzubringen.

Schiffahrtsabgaben

Daß der Gesetzentwurf über Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf den deutschen Wasserstraßen dem Bundesrat zugegangen ist, haben wir bereits mitgeteilt. — Einem Mitarbeiter des „Berl. Tageblatts" hat nun der preußische Ministerialdirektor Peters, der Schöpfer des Entwurfs, das folgende über den Inhalt mitgeteilt:

„Die Vorlage will zunächst in juristischer Hinsicht die in dem von den Schiffahrtsabgaben handelnden Artikel 54 der Reichsverfassung enthaltenen Begriffe definieren. Sie gibt klare Definitionen für das was man dort unter „Anstalten", „besondere Anstalten", „Benutzung", „Unterhaltungs- und Herstellungskosten" zu verstehen hat.

Dann aber sieht der Entwurf auch ein vollkommenes Novum für die zukünftige Regelung der Schiffahrtsabgaben vor: Vollkommene Tarifgleichheit auf allen Strecken eines Stromgebietes. Also Verhinderung des bisherigen, häufig recht häßlichen gegenseitigen Abjagens des Verkehrs, kurz der Konkurrenz, die entstände, wenn jeder verkehrsbeteiligte Staat für sich die Abgaben erheben und verwenden würde. Und ferner: Abführung der vereinnahmten Schiffahrtsabgaben an eine Zentralkasse, deren Vorstand aus den Delegierten der an dem betreffenden Strom verkehrsbeteiligten Staaten bestehen soll. Endlich: Verwendung der Gelder unter allen Umständen nur zur Vertiefung, Verlängerung der schiffbaren Strecke, zur Regulierung, kurz, zur Verbesserung des betreffenden Stromes, und zwar da, wo solche am nötigsten ist. Im Zweifel, wenn überhaupt Streit entstehen sollte, entscheidet der Bundesrat; sonst die Stimmenmehrheit der Vertreter der beteiligten Staaten ..... In Zukunft würde — die Annahme des Gesetzes vorausgesetzt — die erforderliche Verbesserung des Verkehrsweges auch ohne den betreffenden Staat herbeigeführt werden, und bezahlt werden würde die Sache aus der gemeinsamen „Pinke", in die allein ja die Schiffahrtsabgaben fließen sollten ..... Die Schiffahrtsabgaben sollen nur als Gegenleistungen für die Benutzung von wirtschaftlich förderlichen Schiffahrtsanstalten gefordert werden. Sie stehen also im Gegensatz zu sonstigen, der Schiffahrt in manchen Ländern auferlegten Abgaben mit Steuercharakter."

Der Ministerialdirektor suchte sodann in ausführlichen Erörterungen zu beweisen, daß die Schiffahrtsabgaben von außerordentlich hohem wirtschaftlichem „Vorteil" seien, und er schloß:

„Nach alledem bin ich überzeugt, daß auch der geschworenste Gegner alles dessen, was an Gesetzesvorschlägen von der Regierung ausgeht, das schöne Endziel dieses Entwurfs billigen wird und gleichzeitig dessen verkehrspolitischen Zweck: die künftige Ausschaltung des Verkehrsegoismus und der Verkehrseifersüchtelei der Einzelstaaten."

Der Prozeß Berger

In der Presse ist in den letzten Tagen in breitester Ausführlichkeit ein Prozeß verhandelt worden, der von der Marinebehörde gegen den Kapitän a. D. Berger angestrengt worden war wegen einer Reihe von Anklagen, die in der Wochenschrift „Das Blaubuch" gegen die Vorgesetzten Bergers und besonders auch gegen das System der geheimen Führungslisten und der militärischen Ehrengerichte veröffentlicht worden waren. Wir haben von den Verhandlungen keine Notiz genommen, weil sie irgend etwas Neues und Gravierendes gegen das bekämpfte System nicht enthielten und immer deutlicher verrieten, daß gerade in dem Falle Berger besonders grobe Mißstände des Systems nicht hervorgetreten waren. Vielmehr zeigte sich, daß Berger zwar ein diensteifriger, ehrgeiziger Offizier war, daß er sich aber gerade durch diese Eigenschaften dazu verleiten ließ, die Disziplin an Bord für Mannschaften wie Offiziere derart straff anzuziehen (u. a. durch Duldung der Verprügelung von Matrosen durch die Mannschaft, das sogenannten „Winden des Jungfernkranzes"), daß sich unter seinem Kommando bedenkliche Zustände herausbildeten. Nachdem Berger schließlich seine persönlichen Beschwerden gegen seine Vorgesetzten in aller Form zurückgezogen, blieb nichts übrig, worüber eingehend zu berichten gewesen wäre.

Berger wurde schließlich, wie wir schon berichtet, zu 5000 Mk. Geldstrafe verurteilt, der Redakteur des „Blaubuchs", Dr. Ilgenstein, zu 6 Monaten Gefängnis. Unverständlich ist, wie Ilgenstein, der den Darstellungen Bergers Vertrauen geschenkt, schwerer bestraft werden konnte, wie der intellektuelle Urheber der angeblichen Straftat! Bedauerlich ist freilich, daß sich Dr. Ilgenstein, offenbar eingeschüchtert durch den allerdings ungeheuerlichen Strafantrag des Staatsanwalts auf 15 Monate Gefängnis, sich der Strafe einstweilen durch Flucht entzogen hat. Ilgenstein wird zwar als Neurastheniker geschildert, doch hätte er so viel Courage aufbringen sollen, der Verurteilung mit der einem oppositionellen Journalisten geziemenden Kaltblütigkeit entgegenzusehen.

Bemerkenswert wäre an dem Prozeß noch, daß nach dem Bericht der Vorsitzende des Gerichtshofes den beiden Angeklagten beim Eintritt in die Verhandlungen eröffnete, daß sie, falls sie es auf den Versuch eines Wahrheitsbeweises ankommen ließen, auf mildernde Umstände kaum noch zu rechnen hätten! Das ist ein ganz eigentümlicher Standpunkt! Der Angeklagte muß in jedem Falle, ohne deshalb eine Verschlechterung seiner Position befürchten zu müssen, die Möglichkeit, den Wahrheitsbeweis zu führen, haben. Denn wenn dieser Wahrheitsbeweis mißglückt, so kommt das moralisch doch nur den Klägern oder Nebenklägern zustatten, die nur im Falle unangenehmer Enthüllungen den Wahrheitsbeweis zu scheuen haben. Durch die den Verurteilten zur Last gelegten Kosten des Verfahrens erfolgt ja ohnehin eine ausreichend schwere Bestrafung der Angeklagten!

Ersatz für das Branntweinmonopol.

Das Branntweinhandelsmonopol, das den vaterländischen Spiritusbrennern so schöne Profite für ihre aufreibende Tätigkeit im Dienste der Alkoholisierung des deutschen Volksgemüts in Aussicht stellte, ist zum Schmerz der Agrarkonservativen in der Steuerkommission gefallen. Doch mit der ihnen eigenen geschäftlichen Findigkeit haben die Edlen bereits ein schönes neues Branntweinkontingentierungs-Projekt ausgeklügelt, das ihnen nicht minder gute Vorteile verspricht. Das „Berl. Tagebl." weiß darüber zu berichten:

„Bekanntlich beruht die famose Branntweinliebesgabe auf den Doppelsätzen der Verbrauchsabgabe einer bestimmten Spiritusmenge. Dieses Kontingent ist statt mit 70 nur mit 50 Mk. pro Hektoliter zu versteuern. Da bei der Preisbildung des gesamten Trinkbranntweins die 70 Mk. zur Verrechnung kommen, so steckt der Brenner für die ganze Höhe seines Kontingents die Differenz zwischen 70 und 50 Mk., also 20 Mk. pro Hektoliter in seine Tasche. Diese Liebesgabe erklären unsere agrarischen Branntweinsteuerreformer sich bereit, auf die Hälfte zu ermäßigen, wenn — neben der halbierten alten Liebesgabe eine zweite Liebesgabe geschaffen wird, die im Gesamteffekt höher sein würde als die halbe bisherige Liebesgabe. Die bisherige Liebesgabe stützt sich auf die Verbrauchsabgabe. Die neue soll sich auf die Brennsteuer stützen, die zu diesem Zwecke ebenfalls reformiert wird. Neben dem Kontingent für Trinkbranntwein soll ein zweites Kontingent geschaffen werden, das die durchschnittliche Gesamtproduktion der einzelnen Brenner umfaßt. Was dann jenseits dieses Kontingents an Spiritus hergestellt wird, verfällt einer Brennsteuer, die um 8—10 Mk. pro Hektoliter höher gedacht ist, als der höchste Satz der gestaffelten Brennsteuer innerhalb des Produktionskontingents. Es liegt auf der Hand, daß dieser für die Ueberschreitung des Kontingents in Aussicht genommene Brennsteuersatz bei der gesamten Preisbildung für Spiritus ebenso entscheidend sein wird wie der Siebzig-Markjatz der Verbrauchsabgabe bei der Preisbildung für den Trinkbranntwein. Man würde auf diese Weise zwei Kontingente schaffen, von denen das kleine in dem größeren so geschickt angebracht ist, wie in gewissen chinesischen Elfenbeinkugeln eine kleine freilaufende in einer größeren.

Das Zentrum soll für die Idee bereits gewonnen sein. Auf die wohlwollende Neutralität des Reichsschatzamtes glaubt man ebenfalls rechnen zu dürfen. Der Plan ist in allen Einzelheiten formuliert. Man hofft ihn schon in der nächsten Sitzung der Subkommission von Stapel lassen zu können."

Das Projekt erscheint in Anbetracht der heutigen Reichsfinanzlage als verrückt; doch unter dem Regime des vierten Kanzlers ist das Verrückteste fast das Wahrscheinlichste.

Rußland.

R. B. **Die finnländische Regierung im Dienste der russischen Polizei.** In ihrem Bestreben, die Gunst der Zarenregierung durch kriecherische Liebedienerei zu gewinnen, hat die finnländische Regierung jedes Schamgefühl eingebüßt. Russische Polizeibanditen schalten und walten jetzt ungehindert in Finnland, und die bürgerlichen Parteien und die Regierung finden nicht nur kein Wort der Verurteilung dafür, sondern leisten der russischen Polizei noch die schmählichsten Handlangerdienste.

Dieser Tage wurde einer der vor wenigen Wochen verhafteten Esten (Tenant) an die russische Regierung ausgeliefert, und auch die übrigen sollen in den nächsten Tagen ausgeliefert werden. Dieses Vorgehen der finnländischen Regierung schlägt den elementarsten Rechtsbegriffen ins Gesicht und muß die schärfste Verurteilung der gesamten Kulturwelt hervorrufen. Die verhafteten Esten hatten nichts begangen, was ihre Verhaftung hätte rechtfertigen können. Das anfänglich in die Presse lancierte Gerücht von einem geplanten Attentat auf die finnländische Staatsbank mußte von der Polizei selbst dementiert werden. Aber schon die Haltung, die die Polizei gegenüber den Verhafteten Esten einnahm, zeigte, daß dieses Gerücht absichtlich verbreitet worden war, um die öffentliche Meinung irrezuführen. Die Untersuchung wurde von einem russischen Gendarmerie-Rittmeister geführt, und während des Verhörs interessierte sich die Polizei hauptsächlich dafür, ob und in welcher Weise sich die Verhafteten an der Revolution in Estland beteiligt hätten und ob sie sich aus politischen Gründen in Finnland aufhielten.

Wenn die herrschenden Parteien Finnlands sich noch eine Spur politischer Einsicht bewahrt haben, müssen sie diesem schmählichen Treiben ein Ende machen. Die soeben erfolgte Auflösung des Landtages, die wachsende Begehrlichkeit und Brutalität der russischen Gewalthaber weisen deutlich darauf hin, daß eine neue Periode harter Kämpfe um die Freiheit Finnlands bevorsteht. Jeder neue Henkerdienst von seiten Finnlands steigert die Begehrlichkeit der Zarenbüttel. Oder glauben die herrschenden Parteien Finnlands etwa, daß die Zarenregierung ihre Freiheit unangetastet lassen würde, wenn sie ihr die russischen Emigranten ausliefern und ihr auch sonst treue Handlangerdienste leisten würden?

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 26. Februar.

— **Von der „Arbeiter-Jugend"** ist die Nummer 3 eingetroffen und kann im Parteibureau von den in Betracht kommenden Vertrauenspersonen in Empfang genommen werden.

— **Streik, Diebstahl und „Westfälische Zeitung".** Die „Westfälische" erbreistet sich, sich zu entrüsten, und zwar will sie an uns ein Schulbeispiel für die systematische Hetzerei, die in der sozialdemokratischen Presse betrieben wird, statuieren. Es ist nämlich bei unserem Abdruck ihres Artikels aus Schildesche der Punkt zwischen Streik und Diebstahl in einen Gedankenstrich umgewandelt und ein Fragezeichen zugesetzt worden. Um es kurz zu machen, wir bekennen uns der entsetzlichen Fälschung schuldig. Zwar nicht wir, aber unser Mitarbeiter hatte sich diese Ueberschrift zunächst in dieser Form notiert, um dann den ganzen Artikel der „Westfälischen" folgen zu lassen. Da man aber die damals schwebenden Verhandlungen durch keine Preßpolemik stören wollte, war die Sache einige Tage verschoben worden, und als er dann den Artikel schrieb, kamen dabei neue Gesichtspunkte zur Geltung, und dadurch kam das Versehen zustande. Lächerlich ist es, uns Abonnentenfang vorzuwerfen, was sollten wir noch für Arbeiter-Abonnenten der „Westfälischen" wegholen können. Eine häßliche Verleumdung ist es ferner, dieses ganz ausnahmsweise und zufällige Versehen als das bei der „Volkswacht" Uebliche hinzustellen. Der Gedankenstrich und das Fragezeichen machen die Sache auch gar nicht erst so schlimm. Die Zusammenstellung „Streik, Diebstahl" selbst ist eine Ungeheuerlichkeit, vollständig genügend, um die Arbeiterfreundlichkeit der „Westfälischen" genügend hell erstrahlen zu lassen. Wir möchten einmal die Frage aufwerfen, ob, wenn der Zufall einmal derartige Notizen zusammen würfeln würde, die Redaktion dann auch bringen würde: Kommerzienratstitel. § 175. Wir schätzen die Ungeschicklichkeit der Redaktion wirklich nicht zu klein ein, glauben aber doch nicht, daß sie einen Kommerzienrat neben den § 175 setzen würde. Und so ist es auch eine Ungeheuerlichkeit, ehrliche Arbeiter mit einem noch dazu noch nicht aufgeklärten Diebstahl in, wenn auch nur räumlich, nahe Verbindung zu bringen.

— **Bezüglich der Stellungnahme der Handelskammer zu Bielefeld zu der Preispolitik des Kohlensyndikats** ist, wie uns aus dem Bureau der Handelskammer geschrieben wird, der Kammer vom Zentralverbande der Kohlenhändler Deutschlands vorgeworfen worden, daß ihr Vorgehen eine unberechtigte Einmischung in das direkte Geschäftsleben darstelle, da sie ihre Autorität in den Dienst einer Agitation gegen ihre bezirkseingesessenen Kohlenhändler gestellt habe, deren Interessenvertretung ihr auch obliege. Gegen diese Auffassung ist zunächst geltend zu machen, daß die Kammer nicht gegen die Kohlenhändler, sondern gegen das Syndikat vorgegangen ist. Eine Stellungnahme der Kammer gegenüber der Geschäftstätigkeit der Kohlenhändler würde überhaupt keinen Sinn gehabt haben, da die Kohlenhändler gerade so wie die Kohlenverbraucher sich völlig in der Hand des Syndikats befinden und gezwungen sind, die Preise zu fordern, die ihnen vom Syndikat vorgeschrieben werden.

Aber selbst wenn auch die Interessen der Kohlenhändler mit denen des Syndikats identisch wären, würde die Handelskammer, gerade weil sie die Gesamtinteressen ihres Bezirks zu vertreten hat, berechtigt sein, gegen die Preispolitik einer einzelnen Interessengruppe Stellung zu nehmen, durch die die gemeinwirtschaftliche Lage des Bezirks bedroht wird. Die Berechtigung ihres Vorgehens hängt also allein von der Frage ab, ob die Preispolitik des Syndikats berechtigt ist oder nicht. Um das festzustellen, haben von der Kammer Verhandlungen mit dem Syndikat stattgefunden. Da das Syndikat vorgibt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Herabsetzung der Kohlenpreise nicht vornehmen zu können, muß die Kammer es den Kohlenverbrauchern ihres Bezirks überlassen, ihre Abhilfe auf Kohlenlieferung nach eigenem Ermessen vorzunehmen.

— **Wie schlecht es um die soziale Gesinnung mancher Unternehmer bestellt ist,** können wir unseren Lesern wieder einmal an einem besonders krassen Fall vor Augen führen. In der Färberei C. Groneweg — der Inhaber der Firma ist Dr. phil. Carl Groneweg — war im vorigen Jahre ein Arbeiter infolge eines Betriebsunfalles erkrankt. Die Nordwestdeutsche Textilberufsgenossenschaft hat dem Arbeiter eine Rente von 35 Prozent zugesprochen. Das sind die Woche 4,70 Mk. Der behandelnde Arzt hatte ein Gutachten dahin abgegeben, daß der Arbeiter leichte Arbeit verrichten könne. Gestern bekam der Mann seine Entlassungspapiere ins Haus gebracht, die Firma hätte keine leichte Arbeit. Die Knochen können erst zerschunden werden, um dem Unternehmer Profit zu schaffen, sobald aber jemand nicht mehr kann mag er verhungern. Was fragt der Unternehmer danach, wenn dieser Arbeiter mit seinen 5 Kindern darben muß. Denn bei 4,70 Mk. pro Woche muß diese Familie wirklich hungern. Alles Vorstelligwerden, alle Vernunftgründe konnten das Herz des Herrn Groneweg nicht erweichen, ich habe keine Arbeit für den Mann. Nebenbei meinte Herr Groneweg noch, es gäbe in Bielefeld ja so viel Arbeit für diesen Arbeiter. Worüber soll man sich da mehr wundern, über die Rücksichtslosigkeit oder die Naivität dieses Herrn. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit in Bielefeld bringt er es fertig, solche Behauptungen aufzustellen!

Das ist um so wunderbarer, als sich in dem Betriebe des Herrn Groneweg auch die Wirkung der Krise zeigt, sonst wäre es nicht möglich, dort jetzt den Arbeitern Löhne von 2,75 Mk. pro Tag anzubieten. Wir werden diesen Betrieb in der nächsten Zeit ganz besonders im Auge behalten, denn die Zustände dort sind wert, der Oeffentlichkeit gezeigt zu werden.

— **Musiker.** Eine vom Gewerkschaftsausschuß einberufene Musikerversammlung, welche am Freitag, den 12. Februar, im Restaurant „Stadt Bielefeld" stattfand, hatte als Resultat eine größere Anzahl Beitritts-Erklärungen zum Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Um nun für Bielefeld und Umgegend eine Verwaltungsstelle ins Leben zu rufen, findet am Montag 1. März, abends 8½ Uhr, im Restaurant „Stadt Bielefeld" eine weitere Versammlung statt. An dieser Versammlung können alle Musiker, welche gewillt sind, dem Zentralverband beizutreten, teilnehmen.

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Morgen (Sonnabend) wird das historische Lustspiel „Die Anna-Lise" (Aus der Jugendzeit des alten Dessauers) zu kleinen Preisen gegeben. Die Aufführung der Komödie „Moral" findet am Sonntag statt. Der Verfasser, Ludwig Thoma, (als Mitarbeiter des „Simplicissimus" auch Peter Schlemihl) ist außerdem durch seinen Bauernroman „Andreas Vöst" weitesten Kreisen ein guter Bekannter. Am Dienstag geht Sudermanns „Glück im Winkel" zum Benefiz für Herrn Emil Landerer in Szene.

en. **Der Kammermusikabend** in der Eintracht am vorigen Freitag, der erste von dreien, die von Margarete Benda, Musikdirektor Benda und Walter Frings veranstaltet werden, brachte uns zwei Trios für Klavier, Violine und Cello von Schumann und Mendelssohn. Das Trio von Schumann zeigt den unglücklichen Romantiker in seiner ganzen Liebenswürdigkeit. Welch prächtige überströmende Erfindung im ersten Satz! Im Adagio versagt leider die Kraft, es kommt nicht zu einer zusammenhängenden Kantilene; während das Scherzo höchst anmutig ist, fällt der letzte Satz gegen den ersten erheblich ab. Mendelssohns Trio zeigt die unangenehmen Eigenschaften des Komponisten in sehr geringem Maße und hört sich sehr nett an, das ist aber auch alles. Große Erfindungskraft fehlt ihm eben. Frau Margarete Benda ist eine prächtige Klavierspielerin, sie hat einen kräftigen Anschlag und kann auch auf dem Instrument singen. Auch Walter Frings und Willy Benda waren ganz vorzüglich. Walter Frings wird heute abend im Künstlerkonzert Beethovens Violinekonzert spielen.

Außerdem sang Herr Rudolf Gmeiner Lieder von Brahms und Strauß. Die Lieder gefielen uns nicht und der Sänger war offenbar indisponiert. Er sang sehr korrekt, aber seine Stimme klang belegt.

— **Obstbaukurse.** In diesem Sommer finden an Landwirtschaftsschulen Obstbaukurse statt. Auskunft wird im Rathaus, Zimmer 46, erteilt.

— **Der Kursus im Dekorationsmalen,** welcher von der hiesigen Handwerkskammer in Verbindung mit der Handwerkerschule seit ca 6 Wochen hier stattgefunden hat, ist beendet. Der Unterricht wurde von einem tüchtigen Fachlehrer, dem Dekorationsmaler Kittler aus Berlin erteilt und zwar in dem Stadtverordnetensitzungssaale des neuen Rathauses, der zu diesem Zweck in dankenswerter Weise von der Stadt zur Verfügung gestellt war. An dem Kursus nahmen über 40 Personen, meist selbstständige Maler, teil. Die gefertigten Arbeiten sind übersichtlich im Saale des neuen Rathauses aufgestellt und können dort von allen, die Interesse dafür haben, besichtigt werden.

kfg. — **Schimmelbildung auf Nahrungsmitteln.** Mit der Schimmelbildung auf Nahrungsmitteln ist es eine eigentümliche Sache, denn keinem Menschen würde es einfallen, wenn er die Wahl hat, schimmelige Marmelade oder Stachelbeeren oder Biskuit zu genießen, und doch ist derselbe Schimmelpilz, der auf Käse oder Schinken wächst, wohl geschätzt. Manchmal wird er darauf sogar gezüchtet, um ihnen ein reifes Ansehen und einen bestimmten Geschmack zu verleihen, wodurch sie im Werte steigen. Daraus geht schon hervor, daß die Schimmelpilze an sich der Gesundheit nicht schädlich sein können. Indes sind noch andere Gesichtspunkte ins Auge zu fassen. Die Anwesenheit von Schimmelpilzen zeigt das Alter und den Anfang des Verderbens an. Indes ist, wie in dem „Lancet" hervorgehoben wird, bekannt, daß die Verdaulichkeit und der Geschmack von manchen Nahrungsmitteln steigen, wenn sie reif sind. Abgesehen von Käse und Schinken läßt man Hammelfleisch sowie Wildbret und Geflügel vor der Verarbeitung länger an der Luft hängen. Damit wollen wir keinen Zustand herbeiführen, der sich der Verwesung nähert, sondern die Nahrungsmittel sollen dadurch verdaulicher und appetiterregend werden. Schimmelpilze werden wir indes finden, namentlich wenn der reifende Vorgang an einer dumpfigfeuchten Stelle vor sich geht. Es scheint, als ob die gleichen Nahrungsmittel, wenn sie in frischem Zustande von Schimmelpilzen befallen werden, giftig wirkten, hingegen ungefährlich sind, wenn man sie getrocknet oder eingepökelt genießt oder wenn sie in einem mehr oder weniger getrockneten Zustand erhalten bleiben. Man soll daher Fleisch bei der Aufbewahrung einem Luftzuge aussetzen, weil dadurch die Oberfläche austrocknet wird. Auf der anderen Seite haben wir die Früchte oder Marmelade, die immer feucht sind. Der Grund, wie es kommt, daß die Schimmelpilze auf manchen Nahrungsmitteln schädlich sind und auf anderen nicht, ist noch nicht vollständig klargelegt, weshalb im „Lancet" empfohlen wird, besser schimmelige Nahrungsmittel überhaupt zu vermeiden.

— **Polizeibericht.** Eingeliefert ins hiesige Polizei-Gefängnis wurden 5 Personen wegen Bettelns, 1 Person wegen Betrugs und Diebstahls. 13 Obdachlose erhielten Unterkunft.

Gefunden: 1 Portemonnaie mit geringem Inhalt; 1 seidenes Balltuch; 1 Herrenschirm.

Verloren: 1 mattgoldene Halskette; 1 Damenportemonnaie mit 8 Mark Inhalt; 1 goldene Brosche; 1 Zwanzig- und 1 Fünfmarkstück; 1 goldene Halskette mit Medaillon; 1 Zwanzigmarkschein; 1 silberne Damenuhr.

Zugelaufen: 1 Teckel.

Entlaufen: 1 Hund (Bastard); 1 Dobermanpinscher.

Hundefang. Eingefangen 1 Jagd- und (schwarz und weiß) und 1 Jagdhund (braun und weiß).

— **Jahresbericht des Gew**
Berichte können seitens der
arbeiter-Bureau in Empfang

Sozialdemokratischer
Bielefeld-

Wir erinnern daran, da
Sonntag, 28. Februar, nachm

Versa

Bielefeld. Soz. Verein,
vormittags 10 Uhr bei
Schildesche. Soz. Verein
3½ Uhr bei Fischer,
Herford. Soz. Verein.
27. Februar bei Lüdi
des Gen. R. Meier.
Salzuflen. Soz. Verein
8 Uhr bei Kaiser: Be
Delegierten zur Gener
Blomberg. Soz. Verein
8½ Uhr im Gasthof „
T.-O.: Stellungnahme
Gemeindevertreterkonje
ordnetensitzungen.
Rehme. Soz. Verein.
9 Uhr, bei Röpke: Ver
Südlengern. Soz. Vere
2 Uhr: Versamml
Münster. Arbeiter-Ab
28. Febr., vormittags
sammlung.

Flugblat

Niederbexen. Soz. Vere
8½ Uhr, bei Küster:
und „Volkswacht"-Agi

* **Sieker,** 26. Febr. Zur
Gestern nachmittag 4 Uhr wu
seiner Wohnung in Sieker N
sichtigung des Tatortes durch
Staatsanwalt stattfand.
durchstochene Kleid der getö
die Voruntersuchung beendet
im März stattfindenden Sch
handlung kommen.

* **Herford,** 25. Febr. U
Stüter verletzte sich der M
sehr schwer, daß bei der
Holz zurückschlug und dem
und Ringfinger gespalten w

* **Heidenoldendorf,** 25.
Versammlung am Die
sonen, referierte Abg. Ne
finanzreform. Neumann-H
hindeuten, daß er einer Ein
folgt sei, einmal hier zu spre
nommen, so sei er auch ber
zu bewilligen. Die Sozialde
bewilligen nichts. Als ec
Liberalen aber für Deckung
Militarismus neun Zehntel
schlänge. Dann kam der
zum Wort und legte Verwa
konservative Versammlung
davon erfahren, seine Par
laden. Gegen die Nachlaßs
aus. Er schlug dafür u. a. ei
auf die alkoholfreien Geträn
nen Mannes verteidigte er
Junker selbstverständlich n
hörten die direkten, dem Re
lich waren die gegenseitigen
Unser Genosse Lübecke k
namentlich das des Liberali
führungen unseren Standp
Kritik unseres Genossen
Kritik am Liberalismus ig
erwidern wollte, erhob sich
sitzende, Landwirt Sunkel,
Versammlung zu schließen.
fürchteten? Nun, wir sin
lung auch so zufrieden.



— **Jahresbericht des Gewerkschaftskartells.** Die gedruckten Berichte können seitens der Gewerkschaftsvorstände im Metallarbeiter-Bureau in Empfang genommen werden.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück.

Wir erinnern daran, daß die General-Versammlung am Sonntag, 28. Februar, nachmittags 2 Uhr beginnt.

Der Vorstand.

Versammlungen.

Bielefeld. Soz. Verein, 14. Bezirk. Sonntag, 28. Febr., vormittags 10 Uhr bei Beckmann: Besprechung.

Schildesche. Soz. Verein. Sonnabend, 27. Febr., abends 8½ Uhr bei Fischer, Herforderstraße: Besprechung.

Herford. Soz. Verein. 6. und 7. Bezirk. Sonnabend, 27. Februar bei Lücking: Versammlung. Vortrag des Gen. R. Meier.

Salzuflen. Soz. Verein. Sonnabend, 27. Febr., abends 8 Uhr bei Kaiser: Versammlung. T.-O.: Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Blomberg. Soz. Verein. Sonnabend, 27. Februar, abends 8½ Uhr im Gasthof „Zur Neustadt": Versammlung. T.-O.: Stellungnahme zur General-Versammlung. Die Gemeindevertreterkonferenz. Bericht von den Stadtverordnetensitzungen.

Rehme. Soz. Verein. Sonnabend, 27. Februar, abends 9 Uhr, bei Röpke: Versammlung. Dann alle 14 Tage.

Südlengern. Soz. Verein. Sonntag, 28. Febr., nachm. 2 Uhr: Versammlung.

Münster. Arbeiter-Abstinenten-Bund. Sonntag, 28. Febr., vormittags 10½ Uhr, bei Brinkmann: Versammlung.

Flugblattverbreitung.

Niederbexen. Soz. Verein. Sonntag, 28. Febr., morgens 8½ Uhr, bei Küster: Antreten zur Flugblattverbreitung und „Volkswacht"-Agitation.

* **Sieker,** 26. Febr. Zum Tode der Frau Seilewitz. Gestern nachmittag 4 Uhr wurde der Arbeiter Fritz Seilewitz nach seiner Wohnung in Sieker Nr. 206 geführt, wo die nähere Besichtigung des Tatortes durch den Untersuchungsrichter und den Staatsanwalt stattfand. Beschlagnahmt wurde nur noch das durchstochene Kleid der getöteten Frau S. Somit wird wohl die Voruntersuchung beendet sein und dieser Fall noch in der im März stattfindenden Schwurgerichtsperiode mit zur Verhandlung kommen.

* **Herford,** 25. Febr. Unfall. In der Möbelfabrik von Stüter verletzte sich der Maschinenarbeiter Wehmeier dadurch sehr schwer, daß bei der Bedienung der Kreissäge ein Stück Holz zurückschlug und dem W. die Hand zwischen Mittelfinger und Ringfinger gespalten wurde.

* **Heidenoldendorf,** 25. Febr. In einer öffentlichen Versammlung am Dienstag, besucht von zirka 200 Personen, referierte Abg. Neumann-Hofer über die Reichsfinanzreform. Neumann-Hofers Ausführungen ließen darauf hindeuten, daß er einer Einladung der konservativen Partei gefolgt sei, einmal hier zu sprechen. Wird die Nachlaßsteuer angenommen, so sei er auch bereit, die anderen indirekten Steuern zu bewilligen. Die Sozialdemokraten seien besser daran, diese bewilligen nichts. Als echte Vaterlandsfreunde müßten die Liberalen aber für Deckung der Ausgaben sorgen, obschon der Militarismus neun Zehntel der ganzen Reichsausgabe verschlänge. Dann kam der konservative Parteisekretär Meier zum Wort und legte Verwahrung dagegen ein, als ob dies eine konservative Versammlung wäre. Er habe erst in letzter Stunde davon erfahren, seine Parteigenossen seien nur als Gäste geladen. Gegen die Nachlaßsteuer sprach er sich ganz entschieden aus. Er schlug dafür u. a. eine Dividendensteuer und eine Steuer auf die alkoholfreien Getränke vor. Das Schnäpschen des kleinen Mannes verteidigte er als Anwalt der schnapsbrennenden Junker selbstverständlich mit Emphase. Den Einzelstaaten gehörten die direkten, dem Reiche die indirekten Steuern. Ergötzlich waren die gegenseitigen Unterstellungen von Unwahrheiten. Unser Genosse Lübecke kennzeichnete das Gebaren des Blocks, namentlich das des Liberalismus, und vertrat in längeren Ausführungen unseren Standpunkt. Neumann-Hofer stimmte der Kritik unseres Genossen an der konservativen Partei zu, die Kritik am Liberalismus ignorierte er. Als Herr Meier darauf erwidern wollte, erhob sich ein solcher Skandal, daß der Vorsitzende, Landwirt Sunkel, sich weiter keinen Rat wußte, als die Versammlung zu schließen. Ob die Liberalen eine weitere Kritik fürchteten? Nun, wir sind mit dem Ergebnis der Versammlung auch so zufrieden.

* **Lage,** 25. Febr. Am Sonntag, 28. dieses Monats, findet in den Sälen zur „Friedenseiche" unser Gewerkschaftsfest durch Theater und nachfolgendem Ball statt. Anfang nachmittags 4 Uhr.

* **Blotho,** 25. Febr. Die vom Soz. Orts-Verein ins Leben gerufene Rechts-Auskunftsstelle ist nunmehr eröffnet worden. Das Bureau befindet sich Oelbrinkstraße 200 und ist geöffnet Wochentags von 7 bis 9 Uhr abends, Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Es wird Auskunft in allen Rechtsfragen an jedermann erteilt oder beschafft, auch werden nach Möglichkeit Schriftsätze angefertigt, für welche unorganisierte Personen 25 bis 50 Pfg., je nach Umfang, zu entrichten haben.

Die Bibliothek des Vereins ist von jetzt ab auch während der Uebungsstunden des Arb.-Ges.-Vereins am Dienstag abend jeder Woche geöffnet.

* **Blotho,** 25. Febr. Lernt von den Gegnern. Der Bund der Landwirte entfaltet augenblicklich eine äußerst rege Tätigkeit im Kreise Herford; es ist nicht unwahrscheinlich, daß die infolge der erhobenen Ungiltigkeitserklärung der Wahl des Reichstagsabgeordneten Conze in Aussicht stehende Ersatzwahl bei den Konservativen Leben in die Bude bringt. So hält der Bund in der Zeit vom 22. Februar bis 3. März im Kreise Herford nicht weniger als 10 Versammlungen ab, davon 3 in unserem Amtsbezirk Blotho, nämlich (für die Hauptgruppe Blotho) in Steinbründorf am 24., in Valdorf am 25. und in Exter am 26 Februar. Die Tagesordnung lautet in allen Versammlungen: 1. Eröffnung durch den Hauptgruppen-Vorsitzenden; 2. die neuen Steuern und der Mittelstand, insonderheit die heimische Landwirtschaft; 3. Aussprache, Aufnahme neuer Mitglieder, Wahlen usw.

Wir bringen diese Notiz nun nicht etwa, um das in Blotho befindliche, vielleicht einzige Exemplar eines Zigarrensortierers, der im Bund der Landwirte organisiert ist, aufmerksam zu machen, sondern um die Aufmerksamkeit der Arbeiter, speziell der Blothoer Zigarrenarbeiter, hierauf zu lenken, und an diesem Beispiele von ihrem Gegner zu lernen. In nur einem Teile des Kreises Herford besitzt der Bund nicht weniger als vier Hauptgruppen, und in jedem Orte steht ihm ein Versammlungslokal zur Verfügung. Es ist kein Dorf, welches nicht eine gute Anzahl Mitglieder aufzuweisen hat. Ihre landwirtschaftlichen Bedarfsartikel, Dünge- und Futtermittel kaufen sie im Großen durch die Organisation ein, ihre Erzeugnisse setzen sie möglichst durch die Organisation ab. Hier liegt die Antwort und der Schlüssel für die Frage: Woher der Einfluß und die Macht der an Zahl hinter der Arbeiterschaft so himmelweit zurückbleibenden Landwirtschaft auf allen Gebieten, besonders in den gesetzgebenden Körperschaften, Reichstag und Landtag. So lernt man verstehen, wie es kommt, daß „Agrarisch Trumpf ist". So begreift man die Erfolge der konservativen Partei bei den Wahlen. Arbeiter, die Augen auf! Freilich die höheren Beamten als Führer und Genossen zu haben ist schätzenswert, die Geistlichkeit als Hilfstruppe zu haben nicht minder, aber vor allem: eine feste Organisation haben, um Erfolge zu erzielen, das ist's, was die Landwirte begriffen haben und die Tabakarbeiter — nicht. Unter die Arbeiterschaft wirft man mit Taschenspielergeschicklichkeit den „christlichen Knochen" und mit dem größten Behagen sehen die konservativen Herren, wie sich die „christlich-sozialen" Arbeiter abmühen, ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen und Abbruch zu tun. Deshalb: Hinein ihr Arbeiter in die politische und gewerkschaftliche Organisation.

* **Blotho,** 25. Febr. Schadenfeuer. Vorgestern nachmittag brannte in Valdorf das erst vor 3 Jahren neuerbaute Wohnhaus des Oekonomen Lüding nieder. Wie erzählt wird, soll es sich um Brandstiftung durch einen Fürsorgezögling handeln, der bei dem Besitzer des abgebrannten Hofes untergebracht war. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß ein Fürsorgezögling derartiges verübt hätte, aber hier in diesem Falle ist es doch sehr unwahrscheinlich, denn der betreffende Zögling soll sich in der vorhergehenden Nacht schon unter Mitnahme verschiedener, ihm nicht gehöriger Gegenstände entfernt haben, während das Feuer erst am Nachmittage ausgebrochen ist. Aber es ist nun einmal so, Fürsorgezöglinge und Handwerksburschen werden gleich als Täter bei solchen Anlässen in Anspruch genommen, und wenn auch die Unvorsichtigkeit und Nachlässigkeit der Bewohner der abgebrannten Häuser als viel naheliegender in Betracht kommen. So war das erste, daß man, als vor einiger Zeit zu mitternächtlicher Stunde ebenfalls ein großer Hof im nahen Steinbründorf abbrannte, die Schuld auf brandstiftende Handwerksburschen schob, obwohl bis heute noch durchaus keine Ursache festgestellt ist.

* **Lübbecke,** 25. Febr. Rechtsauskunftsstelle. Die nächste Rechtsauskunftsstunde findet am Sonntag, 28. d. M., morgens von 9 Uhr an im Lokale des Herrn Baumeister statt.

Standesamts-Nachrichten.

Stadt Herford. Nachrichten vom 15. bis 20. Februar 1909.

Geburten: Söhne: Fabrikarbeiter Aug. Saak; Knecht Jul. Volmer; Maler Heinr. Hüls; Weber Friedr. Karel; Kartonnage geh. Heinr. Griese; Wirt Gust. Koch; Dekorateur Alb. Ebel; Tischler Ernst Wilhelm; Former Karl Becker; Fabrikant Heinrich Faße; Handarbeiter Gustav Zurmühlen; Kaufmann Richard Elsmann; Landwirt August Schürmann; Arbeiter August Bätmann; Handarbeiter Heinrich Sieker.

Töchter: Tischler Wilhelm Niemann; Schlossermeister Paul Schwabe; ferner 1 uneheliche.

Aufgebote. Großkaufmann Karl Stumpe und Rosa Kunze; Fabrikarbeiter Johann Friedrich Held und Luise Konrad. Karoline Stelle; Bäcker Wilhelm Winter und Wilhelmine Niewöhner; Kaufmann Karl Maßmann und Emmi Uetermann; Pastor Arnold zur Nieden und Konstanze Jacob, Geometer Jakob Tengler und Martha Lohmeyer; Bäckergeselle Heinrich Franz August Nest und Minna Johanne Krieger.

Eheschließungen. Arbeiter Hermann Wiebrock und Anna Beimfohr; Schmied Michael Preis u. Margarete Bauer.

Sterbefälle. Bahnarbeiter Friedrich Held, 61. Jahre; Julius und Gustav Hartmann, 2 Tage; Friedrich Freeck, 7 J.; Fleischbeschauer Friedrich Nieberg, 45 J.; Luise Klusmann, 2 Mon.; Former Wilhelm Schwachmeier, 43 J.; Friedrich Ziemann, 5 J.; Witwe Lina Moll, 63 J.; Zuschneider Heinrich Kuhlmann, 76 J.; Reinhold Pößling, 1 J.; Paul Strauch, 8 Mon.; Waldemar Jürging, 2 J.; Gefangenenaufseher Theodor Lange, 63 Jahre.

Amt Enger. Vom 12. bis 18. Februar.

Geburten: Söhne: Landwirt Christian Friedrich Paust, Dreyen; Maurer Gustav Bunte, Enger.

Töchter: Landwirt Friedrich Ebmeyer, Dreyen; Viehhändler Adolf Svanier, Enger; Kolon Heinrich Gerdener, Herringhausen.

Aufgebote: Schlachtergeselle Aug. Bäumer, Enniglob, und Anna Biermann, Dreyen; Kanonier der 5. Batterie im Ostfriesischen Feldart.-Reg. Karl Meyer, Osnabrück, und Zigarrenarbeiterin Marie Schlüter, Enger; Landwirt Hermann Schürmann, Dreyen, und Marie Schwentker, Spenge; Kistenbekleber Ernst Struk, Dreyen, und Witwe Friederike Fleer, Enger.

Eheschließungen: Bahnarbeiter Heinrich Haubrock, Besenkamp, und Zigarrenarbeiterin Johanne Bäcker, Elverdissen; Metallarbeiter Werner Kreuzkamp, Dortmund, und Dienstmagd Auguste Platte, Enger.

Sterbefälle: Kolon Friedrich Wilhelm Hartwig, Siele, 78 J.; Bäckermeister Hermann Heinrich Brünger, Enger, 69 J.; Zigarrenarbeiter Rudolf August Schäffer, Dreyen, 31 J.

Minden. Vom 14. bis 20. Februar.

Geburten: Söhne: Schneider Schlüter; Kaufmann Temes; Schlosser Buddenbohm.

Töchter: Arbeiter Lüls; Dachdecker Altewolf; Tischlermeister Karl Lange; Kanonier Blanke; Zigarrenarbeiter Meinsen.

Aufgebote: Ingenieur Kleine in Mailand mit Martha Tröter in Minden; Former Klüter mit Witwe Sophie Rathert geb. Lohmeier in Minden; Diakon Kols in Hannover mit Minna Bode in Barlissen; Bergmann Lenz in Weddinghofen mit Emma Hellwig in Methler; Bezirksfeldwebel Daake in Minden mit Martha Grüttemeier in Hiddessen; Sergeant Hoppenstock mit Minna Seller in Minden.

Eheschließungen: Schirmfabrikant Bieler mit Elise Habnel in Minden; Bahnarbeiter Dörmann mit Magdalene Martensmeier in Minden; Maurer Mülmenstädt mit Friederike Rodenberg in Minden.

Sterbefälle: Sohn des Tischlers Franke, 1 J. 2 M.; Ehefrau des Lokomotivführers a. D. Rehling geb. Henke, 75 J. 7 M.; Steueraufseher a. D. Spengler, 64 J.; Klempner Fritzel, 53 J. 6 M.; Gerichtskanzlist Genrich, 57 J. 4 M.; Invalide Schütte, 53 J. 11 M.; Witwe des Zigarrenarbeiters Abzian geb. Imkampe, 71 J. 5 M.; Witwe des Zigarrenarbeiters Mittendorf geb. Kletitz, 74 J. 11 M.; Tochter des Arbeiters Tegethof, 7 Monate.

Briefkasten der Expedition.

Achtung, Filialexpeditionen! Von folgenden Filialen haben wir bis heute keine Nachricht erhalten, wieviel Zeitungen für März gebraucht werden: Ahaus, Besenkamp, Enniglob, Heidenoldendorf, Holsen, Hüffen, Löhne Bhf., Nordhorn, Warendorf.

Wir machen darauf aufmerksam, daß wir nicht eher Zeitungen überweisen, bis wir die Bestellung vom Expedienten bekommen haben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Bielefeld.

Konfirmanden-Anzüge

in schwarzen, blauen und dunkel gemusterten Stoffen

von Mark **7.—** bis **40.—**

Für kleine starke und auch besonders schlanke Figuren führe ich

richtig passende Grössen.



Hüte

in grosser Auswahl und neuen kleidsamen Fassons

von Mark **1.10** bis **3.50**



H. Hettlage

Bielefeld. Vornehmstes Geschäftshaus in Herren- und Knaben-Kleidung. **Münster.**

1154

Niederbexen

Oeffentliche 1151

Protestversammlung

betreffs der Tabaksteuer

Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr,

bei Gastwirt Kassel, „Aussichtsturm".

Referent: Hoffmann, Bielefeld.

Die Protestkommission.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen wir allen Nachbarn, Freunden und Bekannten, insbesondere seinen Mitarbeitern der Firma Hengstenberg u. Co., den Arbeitern der Fa. Reckmann u. Co. sowie Herrn Pastor Neuhaus für die trostreichen Worte unseren **innigsten Dank!**

Frau Wwe. Pundmann
1168 **nebst Kinder.**

Danksagung!

Für die vielen Beweise herzl. Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Freunden u. Bekannten, insbesondere den Mitarbeiterinnen der Firma E. F. Banck unseren

innigsten Dank!

Im Namen der trauernden
1174* Hinterbliebenen
August Korte.

Anerkannt beste u. billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren.

Heinr. Hill

Arndtstr. 43 Niederwall 5
Reichspoststr. 10
Brackwede: Kaiserstrasse 58.

ff. Kakao leicht löslich per Pfund **90** bis **250** ₰
ff. Blockschokolade rein per Pfund **75** ₰
ff. Pflanzbohnen per Pfund **15** ₰

ff. Suppen-Nudeln	per Pfd.	**23** u. **50** ₰
ff. Hausmacher-Nudeln	„ „	**29** u. **37** ₰
in Paketen	„ „	**45** u. **50** ₰
ff. Maccaroni, lose.	per Pfd.	**31** ₰
in Paketen	per Pfd.	**38, 45** u. **50** ₰
ff. Mischobst	per Pfd.	**40** u. **55** ₰
ff. süsse Kisten-Pflaumen	p. Pfd. von	**25** ₰ an
ff. Apfelringe	per Pfd.	**43** ₰
ff. Birnen	„ „	**65** ₰

Ia. Petroleum	per Liter	**17** ₰
ff. helles Rüböl	„ „	**63** ₰
ff. holl. Käse	per Pfd.	**69** ₰
ff. Gouda-Käse	„ „	**95** ₰
ff. Tilsiter Käse	„ „	**85** ₰
ff. schweiz. Käse	per Pfd.	**69** u. **90** ₰
Echte Emmentaler	per Pfd.	**115** ₰
ff. Edamer Käse	„ „	**75** ₰
ff. Limburger Käse	„ „	**43** ₰

Ia. gem. Marmelade	per Pfd.	**23** u. **35** ₰
ff. Gelee, versüßt,	per Pfd.	**23** ₰
Ia. Rübenkarut	per Pfd.	**14** ₰
Ia. Kunsthonig	per Pfd.	**26** u **35** ₰
ff. Vollheringe	per Dutzend	**43** ₰
Ia. grosse Rollmöpse	„ „	**57** ₰
Brat- u. Bismarckheringe	2 Stück	**15** ₰
Essig- u. Salzgurken, hochfein,		
ff. Stockfisch, billigst.		

Zugaben auf gebrannten Kaffee und Margarine in grosser Auswahl. 1169

Stadttheater.

Sonnabend, den 27. Februar 1909, abends 7½ Uhr:
Vorstellung zu kleinen Preisen!
Zum letzten Male:
Die Anna-Lise.
Aus der Jugendzeit des alten Dessauer.
Sonntag, 28. Februar 1909, abends 7 Uhr:
Moral.
Tägliches Repertoirstück des Kleinen Theaters in Berlin.
Die Tageskarten der verehrlichen Passepartout-Abonnenten liegen zum Abholen bereit.

Trinkt
Aha's Excelsior!
1113

Brackwede, Kaiserstraße 159.
Zither-Unterricht
erteilt Erwachsenen und Kindern
Edmund Fischer,
1127] Musikinstrumenten-Handlung.
Erfolg wird garantiert.

---

200 Bettstellen

mit

Matratzen

fabelhaft billig

bei [1143

Mertens.

Für Konfirmanden

bieten wir als besonders billig an:

Einen Posten **schwarze u. farbige Kleiderstoffe** von **70** ₰ bis **1.35** per Meter

Einen Posten **schw. Glacé-Handschuhe** Paar **75** ₰

Einen Posten **schwarze und farbige Anzüge** Stück von **7.00** bis **22.00**

Ferner haben wir abzugeben **einen Posten**

bessere Damen-Wäsche

Hemden und Beinkleider . . . zum Aussuchen Stück **1.40**

Harms & Co.

am Jahnplatz. 1162

Otto Schmidt,
Bahnhofstr. 18
empfiehlt: 1165
frische Tafelbutter,
frische Eier Pfd. **0,70** Mk.,
verschiedene Sorten
Hart- und Weichkäse,
frische Konserven,
Pökelfleisch Pfd. **0,50** Mk.,
Wurst- und Aufschnitt-Waren,
Reinen u. Kunsthonig.



Restaurant
Friedr. Koch,
Herforderstrasse 28.
Sonntag, den 28. Februar, 4 Uhr nachmittags,
in den neuerbaut. Gesellschaftszimmern
Bockbier-Fest
mit musikal. Unterhaltung.
Es ladet freundlichst ein 1150
Friedr. Koch.

Brackwede, Kaiserstraße 159.
Geigen-Unterricht
erteilt [1128
Edmund Fischer,
Musikinstrumenten-Handlung.

Frauen! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen die Inserenten der **„Volkswacht."**

Bekanntmachung.

Die Ausführung folgender Arbeiten auf dem städtischen Schlachthofe hierselbst soll vergeben werden:
1. Maurerarbeiten zur Vergrößerung der Pferde-Schlachthalle und zum Anbau eines Stalles;
2. Herstellung eines neuen Fußbodenbelags aus Zementplatten in der Kaldaunenwäsche;
3. Herstellung eines neuen Sockelanstrichs in der Kaldaunenwäsche.

Angebotsformulare sind auf dem Stadtbauamts-Sekretariat zu haben. Die Oeffnung der verschlossenen und mit entsprechender Aufschrift versehenen Angebote findet am
Freitag, den 5. März 1909, mittags 12 Uhr,
im Beisein der erschienenen Submittenten statt.
Herford, den 20. Februar 1909.
Stadtbauamt.



Konfirmation

betreffend:

Nicht nur meine Kunden, sondern alle Familien, in welchen jetzt ein Sohn eingesegnet wird, mache ich darauf aufmerksam, dass meine **Konfirmanden-Anzüge** unübertroffen sind an Eleganz, Sitz und Solidität. 1155

Meine Preise sind unerreicht billig!

Man beachte die Auslage.

Ernst Spanier,

Bielefelds erstes Spezial-Geschäft für Herren- und Knaben-Moden.

Diese Woche wieder
gutes Rindfleisch
Pfund **60** Pfg.
Kalb- u. Schweinefleisch
zu billigen Preisen.
Verschiedene Wurstwaren und Aufschnitt
empfiehlt [723
Fritz Ellenbeck,
Metzgermeister,
Herford
Lübberstr. 24. Telephon 417.

Betten

in nur bester Qualität
liefern zu den
billigsten Preisen
Gebr. Gottschalk,
Bielefeld, Niedernstr. 29/31. 809

Nr. 48.

Deutscher
(Eigener
213. Sitzung v m Donnerstag,
Am Bundesratstisch: Niem
Fortsetzung der ersten Ber
und Genossen (Polen) betreffend
eigentumerwerbs.
Der Antrag verlangt den E
keinem Reichsangehörigen aus
nisses, der politischen Gesinnun
werb oder die Veräußerung v
richtung von Wohnstätten irge
Abg. Graf v. Westarp
gegen das preußische Ansiedlu
richtig! bei den Polen.) In P
seines Glaubensbekenntnisses z
rechts. — Lebh. Widerspruch b
Einen Begriff der polnischen
(Lachen bei den Polen, Soz. un
siedlungsgesetze widersprechen n
Preußen seine Verfassung an
geht den Reichstag garnichts a
Lauter Widerspruch bei den Po
nahme des Antrags wäre ein b
preußische Verfassung. (Sehr
Gothein namens seiner Fraktio
dem Antrag zu. Ich hatte ge
mit uns (Stürm. Unruhe bei
Ztr. und bei den Soz.) die F
nalen Erwägungen Raum zu
Abg. Heinze (natl.): D
stehen keinesfalls im Widersp
Ziele der preußischen Politik
billigen wir. Den Antrag l
rechts und bei den Natl.)
Abg. Böhme (W. Vg.): D
nationalen Kampfes, inwelchen
Regierung stehen. Wir dürfe
turellen, tieferstehenden Rasse
Die Polen sind undankbar.
nischen Bauern waren von de
nirgends kannte. (Unruhe b
Kulerski: Verlogener Burs
gebung hat die Polen aus der
gen Zuständen emporgehoben
menschenwidrigen Zuständen!)
notwendige preußische Gesetzg
(Bravo! rechts. Zischen bei de
Abg. Graf Praschma (
wenden wie man will, bei den
markenpolitik spielt das konfes
stimmung im Ztr., lauter Wi
(nach rechts), haben Sie nicht i
gefunden, möglichst alle Katho
vertreiben? (Hört, hört! im
Männer wenden wir uns gege
ganz unabsehbaren Folgen fü
(Lebh. Beifall im Ztr.)
Abg. Seyda (Pole): Die
heit. Diese Mißachtung des
(Lebh. Zustimmung bei den
klaffenden Lücken auf den Bä
Beratung, am vorigen Freita
ein gewisses Schamgefühl zuri
spruch rechts.) Ich lebe, daß
bei den Polen und Soz.) Da
müssen, ist beschämend. Unt
eignungsgesetzgebung gegen di
gionsfreiheit und Freizügigke
Soz. und im Ztr.) Dadurch,
Name „Pole" nicht vorkomm
Daß diese Gesetzgebung sich ab
richtet, hat die konservative
standen. Hier haben die He
macht, uns mit rechtlichen Gr

Olive
Von Cha
Aus dem Englischen
60
Beide versicherten sie, daß
nannte sie ihnen, so leise sli
schwer zu verstehen vermocht
die Straße der Taverne, aus
gefolgt war. Sie sprach in
das Nötigste zu notieren. A
beschrieben und angegeben
werden könnte, und an welche
es von Monks besucht zu
Augenblicke inne zu halten,
Aeußere desselben um so leb
„Er ist groß," sagte sie, „
er hat einen lauernden Gan
erst über die eine und dann
Sie das nicht, denn seine A
möglich im Kopfe, so daß S
Tausenden zu erkennen ver
Augen und ein schwärzliches
fallen aussieht, obwohl er n
Jahre alt sein kann. Sein
Visse entstellt, denn er hat
bisweilen sogar die Hände bl
sie plötzlich abbrechend.
Der Herr erwiderte bes
wäre, und er bat sie, fortzuf
„Ich mußte dies größte
es Ihnen sagen zu können,"
ich habe ihn nur zweimal
in einen weiten Mantel e
nicht — doch ja! An sein
man etwas davon sehen ka
ist —"
„Ein breites rotes Mal,
Herr ein.
„Wie — Sie kennen ih
Roses Lippen entfloh ein
auf einige Augenblicke ware
sie atmen hören konnte.
„Ich glaube es," unterb
schweigen „Nach Ihrer B
kennen. Wir werden indes
keiten — kann sein, daß er
Er trat bei diesen, in e
sprochenen Worten ein paa
versteckten Kundschafter nä

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 48. **Bielefeld, Freitag, 26. Februar 1909.** **20. Jahrg.**

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

213. Sitzung vom Donnerstag, den 25. Februar, nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Niemand.

Fortsetzung der ersten Beratung des Antrags Brandys und Genossen (Polen) betreffend die Freiheit des Grundeigentumerwerbs.

Der Antrag verlangt den Erlaß eines Reichsgesetzes, wonach keinem Reichsangehörigen aus Rücksicht des Glaubensbekenntnisses, der politischen Gesinnung oder der Nationalität der Erwerb oder die Veräußerung von Grundeigentum oder die Errichtung von Wohnstätten irgendwie beschränkt werden soll.

Abg. Graf v. Westarp (kons.): Der Antrag richtet sich gegen das preußische Ansiedlungsgesetz von 1904 und 1908. (Sehr richtig! bei den Polen.) In Preußen wird aber niemand wegen seines Glaubensbekenntnisses zurückgesetzt (Lebh. Sehr richtig! rechts. — Lebh. Widerspruch bei den Polen, Soz. und im Ztr.) Einen Begriff der polnischen Nationalität gibt es ja garnicht. (Lachen bei den Polen, Soz. und im Ztr.) Die preußischen Ansiedlungsgesetze widersprechen nicht den Reichsgesetzen. Wie aber Preußen seine Verfassung anwenden und ausbauen will, das geht den Reichstag garnichts an. (Lebh. Zustimmung rechts. — Lauter Widerspruch bei den Polen, Soz. und im Ztr.) Die Annahme des Antrags wäre ein verfassungswidriger Eingriff in die preußische Verfassung. (Sehr richtig! rechts.) Leider hat Herr Gothein namens seiner Fraktionsgemeinschaft erklärt, sie stimme dem Antrag zu. Ich hatte gehofft, daß der veredelnde Verkehr mit uns (Stürm. Unruhe bei den Freis., lebh. Sehr gut! im Ztr. und bei den Soz.) die Freisinnigen bewogen hätte, nationalen Erwägungen Raum zu geben. Bravo! rechts.)

Abg. Heinze (natl.): Die preußischen Ansiedlungsgesetze stehen keinesfalls im Widerspruch mit den Reichsgesetzen. Die Ziele der preußischen Politik zur Erhaltung des Deutschtums billigen wir. Den Antrag lehnen wir deshalb ab. (Bravo! rechts und bei den Natl.)

Abg. Böhme (W. Vg.): Der Antrag ist nur ein Ausfluß des nationalen Kampfes, in welchem wir auf Seiten der preußischen Regierung stehen. Wir dürfen nicht die Konkurrenz einer kulturellen, tieferstehenden Rasse dulden. (Lachen bei den Polen.) Die Polen sind undankbar. (Unruhe bei den Pol.) Die polnischen Bauern waren von der Schlachta geknutet, wie man es nirgends kannte. (Unruhe bei den Polen. Zuruf des Abg. Kulerski: Verlogener Bursche!) Die fridericianische Gesetzgebung hat die Polen aus der Leibeigenschaft zu menschenwürdigen Zuständen emporgehoben. (Abg. Kulerski [Pole]: Zu menschenwidrigen Zuständen!) Die im nationalen Interesse notwendige preußische Gesetzgebung werden wir immer stützen. (Bravo! rechts. Zischen bei den Polen.)

Abg. Graf Praschma (Ztr.): Man mag sich drehen und wenden wie man will, bei den Treibereien der sogenannten Ostmarkenpolitik spielt das konfessionelle Moment mit. (Laute Zustimmung im Ztr., lauter Widerspruch rechts.) Meine Herren (nach rechts), haben Sie nicht in der Hakatistenpresse den Wunsch gefunden, möglichst alle Katholiken aus der Provinz Posen zu vertreiben? (Hört, hört! im Ztr.) Gerade als königstreue Männer wenden wir uns gegen die Enteignungspolitik mit ihren ganz unabsehbaren Folgen für den gesamten Großgrundbesitz. (Lebh. Beifall im Ztr.)

Abg. Seyda (Pole): Die Regierung glänzt durch Abwesenheit. Diese Mißachtung des Reichstags sind wir ja gewohnt. (Lebh. Zustimmung bei den Polen, Soz. und im Ztr.) Die klaffenden Lücken auf den Bänken der Konservativen bei dieser Beratung, am vorigen Freitag ebenso wie heute, darf wohl auf ein gewisses Schamgefühl zurückgeführt werden. (Lauter Widerspruch rechts.) Ich sehe, daß ich mich geirrt habe. (Sehr gut! bei den Polen und Soz.) Daß wir einen solchen Antrag stellen müssen, ist beschämend. Unstatthaft verstößt die preußische Enteignungsgesetzgebung gegen die reichsgesetzlich garantierte Religionsfreiheit und Freizügigkeit. (Sehr richtig! bei den Polen, Soz. und im Ztr.) Dadurch, daß in den preußischen Gesetzen der Name „Pole" nicht vorkommt, läßt sich kein Mensch täuschen. Daß diese Gesetzgebung sich aber in Wirklichkeit gegen die Polen richtet, hat die konservative Partei im Abgeordnetenhause zugestanden. Hier haben die Herren nicht einmal den Versuch gemacht, uns mit rechtlichen Gründen entgegenzutreten. Daß man lediglich politische und sogar nationale Gründe vorbringt, beweist, daß es rechtliche nicht gibt. Das Enteignungsgesetz ist verfassungswidrig und wird außerdem noch gesetzwidrig angewendet. Durch unseren Antrag bezwecken wir, wieder zu gesetzlichen Zuständen zu kommen. (Lebh. Bravo! bei den Polen.) Herr Böhme und die Leute, zu denen er gehört, können uns nicht beleidigen. (Lebh. Zustimmung bei den Polen.)

Vizepräsident Paasche: Dieser Ausdruck verstößt gegen die Ordnung des Hauses.

Abg. Seyda (Pole, fortfahrend): Anstatt von uns zu verlangen, daß wir dafür auch noch dankbar sein sollen, daß uns die Sprache und das Land geraubt wird, sollten Sie unseren Antrag annehmen. (Lebh. Bravo! bei den Polen.)

Abg. Hue (Soz.): Was mein Parteifreund Stadthagen zur Sache ausführte, unterschreibe ich vollständig bis in die allerschärfsten Ausdrücke. (Zustimmung bei den Soz.) Herr Böhme ist den Spuren des Ministers v. Bethmann gefolgt, der neulich auch die „Neue Zeit" in einem Zusammenhang zitierte, der vermuten läßt, ich habe mich dort vor Jahren für ein Ausnahmegesetz gegen die Polen ausgesprochen. Herr Böhme hat aber kein Beweismaterial vorgebracht, er sollte nun sagen, wo er das von mir gelesen hat. In Wahrheit habe ich mich mit aller Schärfe gegen eine Ausnahmegesetzgebung ausgesprochen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir haben selbstverständlich manchmal Häkeleien mit den polnischen Berufsgenossenschaften. Niemals aber ist uns der Gedanke gekommen, eine Ausnahmegesetzgebung zu wünschen, um den gewerkschaftlichen oder Parteigegner mundtot zu machen. Von dem, was hier vorliegt, und was vom humanitären Standpunkt aus auf das schärfste verurteilt werden muß, muß man unsere Zwistigkeiten sehr wohl unterscheiden. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Meine Stellung habe ich auf das Deutlichste präzisiert, indem ich beantragte, man solle überall, wo Polen beschäftigt sind, die Unfallverhütungsvorschriften auch in polnischer Sprache aushängen. Auch bei der Beratung des Sprachenparagraphen habe ich über meine Stellung zur polnischen Sprache keinen Zweifel gelassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was Herr v. Dziembowski am Freitag hier über die Vertreibung seiner polnischen Mitbürger aus dem Osten sagte, kann ich aus Erfahrung bestätigen. In Herne kenne ich einen polnischen Arbeiter, der im Osten ein Grundstück besaß. Er wollte sich anbauen und ansässig machen. Aber es ist ihm gegangen, wie so vielen anderen seiner Landsleute. Jetzt lesen Sie in den Blättern, wieviel polnische Arbeiter im Westen auf der Straße liegen. Aus ihrer Heimat sind sie vertrieben durch ein Gesetz, von dem man es nicht für möglich halten sollte, daß es in einem deutschen Parlamente angenommen wurde. (Lebh. Zustimmung bei den Soz. und Polen.) Wenn Sie im Westen einen polnischen Arbeiter erzählen hören, wie sein Vater oder Großvater im Kriege gegen Frankreich mitgekämpft hat, und wie zum Danke dafür sein Sohn oder Enkel von der heimischen Scholle vertrieben wird, so würden Sie empfinden, welche Schande das preußische Ansiedlungsgesetz für den deutschen Namen ist. (Lebh. Bravo! bei den Soz., Polen und im Ztr.)

Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian (Pole): Entweder ist unser Antrag schon klares Reichsrecht, dann muß die preußische Regierung zur Respektierung dieses Reichsrechts angehalten werden oder aber, das, was wir fordern, ist noch nicht mit der nötigen Klarheit ausgedrückt, dann muß es so klar in das Reichsrecht hineingeschrieben werden, daß alle Schleichwege künftig ausgeschlossen sind. Auf die Geschichtsklitterungen des Abg. Böhme versohnt es eigentlich nicht einzugehen. (Viels. Zustimmung.) Polen hat vor Preußen eine Nationalvertretung gehabt, und vor Preußen die Leibeigenschaft aufgehoben. (Hört, hört!) Graf Westarp scheint nicht einmal die Begriffe der „Nationalität" und der „Staatsangehörigkeit" auseinanderhalten zu können. Im Zirkus Busch war viel von der Heiligkeit des Eigentums die Rede. (Gr. Heiterkeit bei den Soz.) Aber die Herren von der Sozialdemokratie haben recht, wenn sie sagen, daß die Konservativen das Eigentum nur solange respektieren, als es ihnen paßt. Die wahren großpolnischen Agitatoren sind nicht bei uns zu finden, das sind die preußischen Minister und ihre Anhänger. Das Deutsche Reich steht doch nicht auf so schwachen Füßen, daß die Angstpolitik der Hakatisten gerechtfertigt wird. Im Herrenhause hat der konservative Graf Mirbach diese Angstpolitik gebührend verspottet. (Hört, hört! bei den Polen und im Ztr.) Wir bitten die Vertretung des deutschen Volkes, unseren gerechten Antrag anzunehmen. (Lebh. Beifall bei den Polen.)

Abg. Lebedour (Soz.): Die Abwesenheit der Hakatisten möchte ich nicht mit dem Kollegen Seyda aus Erwachen eines Schamgefühls erklären. Ich führe sie zurück auf die Schwierigkeit, die Ablehnung des polnischen Antrages mit der christlich-konservativen Gesinnung in Einklang zu bringen. (Sehr wahr! b. d. Polen u. i. Ztr.) Wir sind zwar nicht gewohnt, allzu große wissenschaftliche Ansprüche an die rechte Seite des Hauses zu stellen. (Gr. Heiterkeit und Sehr richtig! links.) Aber von Herrn Dr. Böhme, einem sozusagen gewerbsmäßigen Vertreter der Rassentheorie (Erneute Heiterkeit und Zustimmung links), sollte man doch erwarten dürfen, daß er sich einigermaßen mit dem Begriff der Rasse auseinandergesetzt hat. Er spricht keck von einer deutschen und einer polnischen Rasse, während es bekanntlich reinrassige Völker in Europa überhaupt nicht gibt. Nach wissenschaftlichen Feststellungen hat sich in Nordeuropa eine arische Rasse mit vorarischen Mongoloidenrassen gemischt. Und nach allem, was wir darüber wissen, entsprechen etwa die Herren Fürst Radziwill, v. Dziembowski und Herr Seyda nach ihrer körperlichen Erscheinung den arischen Rassenelementen. Wenn man aber nach einem ausgeprägten Mongoloidentypus hier sucht, so wäre das etwa der Abg. Böhme. (Schallende Heiterkeit.) Wenn nun auch der Mogoloidentypus auf eine tieferstehende Rasse schließen läßt (Erneute Heiterkeit), so wollen wir doch auch diesen Elementen volle Gerechtigkeit widerfahren lassen. Mein Kollege Hue hat bereits Herrn Dr. Böhme aufgefordert, seine Beweise dafür vorzubringen, daß wir nach Ausnahmebestimmungen gegen die polnische Zuwanderung verlangen. Es handelt sich bei dieser Zuwanderung nicht einmal um Leute, die von außen hereindringen, wie etwa die Chinesen nach Australien, sondern um Elemente, die zu unserem Staatswesen gehören und als absolut gleichberechtigt behandelt werden müssen. (Zustimmung b. d. Soz. u. Polen.) Charakteristisch ist die Stellungnahme der konservativen Partei. Die Herren, die aus ihren Besitzverhältnissen heraus die Sache beurteilen, werden von einem unheimlichen Gefühl ergriffen, weil sie eine Ahnung haben, was das preußische Ansiedelungsgesetz bedeutet. Weniger angekränkelt sind die polizeilich-bureaukratischen Elemente des Konservativismus. (Gr. Heiterkeit.) Die Ausführung der Konservativen hier hat ja auch ein Polizeibureaukrat, Graf Westarp, gemacht, der durch wirtschaftliche Erfahrung nicht beschwert ist. (Gr. Htkt.) Der Polizeibureaukrat sagt, national und patriotisch ist, was die Polizei erlaubt und befiehlt. (Htkt. u. Sehr gut! b. d. Soz.) Das Ansiedelungsgesetz gibt in gesetzlicher Form der Polizei die Möglichkeit zu administrativer Willkür. In seiner Anwendung ist es ein reiner Hohn auf jede Menschlichkeit. (Lebh. Zust. b. d. Soz u. b. d. Polen.) Wo sind die preußischen Minister? Hier überlassen sie die Verteidigung untergeordneten Geistern, die mit kleinen Witzeleien über den Antrag hinweggehen sollen. Hier wagen sie nicht Rede und Antwort zu stehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Im Zirkus Busch sollte der Familiensinn geschützt werden gegen irgendwelche steuermäßige Eingriffe in den Besitz. Als es aber galt, ein Gesetz zu machen, den Zusammenhalt der Familie zu zerstören, da schwieg der konservative Familiensinn. Es handelte sich ja nicht um Ihre Familien. (Lebh. Beifall b. d. Soz., Polen und im Ztr., Unruhe rechts.) Ihre angeblichen christlich-konservativen Grundsätze sind nur Schaugepränge. Genau wie Ihre monarchische Gesinnung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Hitze Ihrer monarchischen Begeisterung hängt direkt von der Höhe der Zollsätze ab. (Heiterkeit u. Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Ansiedelungsgesetz ist als sozialistisch bezeichnet worden. Es ist aber im Gegenteil geradezu antisozialistisch. Der Sozialismus will im Interesse der Gesamtheit die Privilegien einzelner beseitigen. Sie aber enteignen große Bevölkerungsteile im Interesse einer Klasse. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Was Sie damit erreichen, ist aber nichts anderes als eine furchtbare Erbitterung. (Sehr richtig! b. d Soz. u. d. Polen.) Speziell die Polen müssen ja zu der festen Ueberzeugung gelangen, daß der Staat nur für den sorgt, der die Gesinnung an den Tag legt, welche Sie für „staatserhaltend" ausgeben. Glauben Sie doch nicht, auf diese Weise das zu fördern, was Sie nationale Gesinnung nennen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Böhme (W. Vg.): Wir sind nur durch das Eingreifen des Abg. Gothein veranlaßt worden, uns an der Debatte zu beteiligen. (Heiterkeit.) Nur notgedrungen haben wir (Zurufe: Wir Mongoloiden! Gr. Htkt.) zu scharfen Maßregeln gegriffen. Wir (Htkt.) werden die deutschen Arbeiter von der Internationalität der Sozialdemokratie überzeugen, die Leute,

---

Oliver Twist.

Von Charles Dickens.

Aus dem Englischen von Julius Seybt.

60

Beide versicherten sie, daß sie es getrost könne, und nunmehr nannte sie ihnen, so leise flüsternd, daß der Horcher nur sehr schwer zu verstehen vermochte, den Namen, den Stadtteil und die Straße der Taverne, aus welcher ihr Noah nach der Brücke gefolgt war. Sie sprach in kurzen Pausen; der Herr schien sich das Nötigste zu notieren. Als sie auch das Innere des Hauses beschrieben und angegeben hatte, wie es am besten beobachtet werden könnte, und an welchen Abenden und zu welchen Stunden es von Monks besucht zu werden pflegte, schien sie ein paar Augenblicke inne zu halten, um sich die Züge und das ganze Aeußere desselben um so lebhafter zurückzurufen.

„Er ist groß," sagte sie, „und kräftig gebaut, aber nicht stark; er hat einen lauernden Gang und blickt beim Gehen beständig erst über die eine und dann über die andere Schulter. Vergessen Sie das nicht, denn seine Augen liegen so tief wie nur immer möglich im Kopfe, so daß Sie ihn daran fast allein schon unter Tausenden zu erkennen vermögen. Er hat dunkles Haar und Augen und ein schwärzliches Gesicht, das aber ältlich und verfallen aussieht, obwohl er nicht über sechs- bis achtundzwanzig Jahre alt sein kann. Seine Lippen sind oft blau und durch Bisse entstellt, denn er hat fürchterliche Zufälle und beißt sich bisweilen sogar die Hände blutig — warum stutzten Sie?" fragte sie plötzlich abbrechend.

Der Herr erwiderte hastig, daß er sich dessen nicht bewußt wäre, und er bat sie, fortzufahren.

„Ich mußte dies größtenteils von andern herauslocken, um es Ihnen sagen zu können," sprach das Mädchen weiter, „denn ich habe ihn nur zweimal gesehen, und beide Male war er in einen weiten Mantel eingehüllt. Mehr glaube ich Ihnen nicht — doch ja! An seinem Halse, so hoch hinauf, daß man etwas davon sehen kann, wenn er sein Gesicht abwendet, ist —"

„Ein breites rotes Mal, wie von einer Brandwunde," fiel der Herr ein.

„Wie — Sie kennen ihn!" rief das Mädchen aus.

Roses Lippen entfloh ein Ausruf des höchsten Erstaunens, und auf einige Augenblicke waren alle drei so stumm, daß der Horcher sie atmen hören konnte.

„Ich glaube es," unterbrach der Herr jedoch bald das Stillschweigen „Nach Ihrer Beschreibung sollte ich ihn allerdings kennen. Wir werden indes sehen. Es gibt auffallende Aehnlichkeiten — kann sein, daß er dennoch ein anderer ist."

Er trat bei diesen, in einem verstellt gleichgiltigen Tone gesprochenen Worten ein paar Schritte zurück, wobei er sich dem versteckten Kundschafter näherte, der ihn flüstern hörte: „Er muß es sein!" Gleich darauf sagte er wieder laut: „Junges Mädchen, Sie haben uns die wichtigsten Dienste geleistet, und ich wünsche Ihnen dankbar dafür zu sein. Was kann ich für Sie tun?"

„Nichts," erwiderte Nancy.

„So dürfen Sie nicht sprechen," fuhr der Herr in einem so dringenden und herzlichen Tone fort, daß auch ein weit verhärteteres Gemüt dadurch hätte gerührt werden mögen. „Ich bitte, sagen Sie es mir."

„Ich muß dabei bleiben, Sir," entgegnete Nancy weinend. „Sie können nichts tun, mir zu helfen. Für mich ist wahrlich keine Hoffnung übrig."

„Sie schneiden sich die Hoffnung selbst ab," fuhr der Herr fort. „Ihre Vergangenheit ist eine beklagenswerte Verschwendung unschätzbarer Jugendgaben gewesen, wie sie der Schöpfer nur einmal gibt und nicht wieder verleiht; auf die Zukunft aber können Sie Hoffnung setzen. Ich sage nicht, daß es in unserer Macht stehe, Ihnen Seelenfrieden zu bieten, der Ihnen nur in dem Maße werden kann, wie Sie selbst ihn suchen; wohl aber sind wir imstande, und es ist unser eifriger Wunsch, Ihnen einen stillen Zufluchtsort entweder im Lande, oder wenn Sie Furcht hegen, hier zu bleiben, außer Landes zu verschaffen. Noch ehe der Morgen graut, sollen Sie Ihren bisherigen Genossen so gänzlich entrückt sein und so wenige Spuren hinter sich zurücklassen, als wenn Sie von der Erde verschwunden wären. Geben Sie unseren Vorstellungen und Bitten nach. Ich möchte nicht, daß Sie auch nur noch ein einziges Wort mit den Leuten Ihres bisherigen Umgangs wechselten, nur noch einen Blick auf die Stätte Ihres bisherigen Daseins würfen, oder die Luft nur wieder atmeten, welche Pest und Tod für Sie ist. Geben Sie unsern Bitten nach, während es noch Zeit ist, solange Sie noch können."

„Sie läßt sich bewegen," rief Rose aus; „ich weiß es, sie faßt den rettenden Entschluß."

„Nein, nein," erwiderte Nancy nach einem kurzen inneren Kampfe; „ich bin an mein bisheriges Leben gekettet. Ich verabscheue und hasse es jetzt, kann es aber nicht aufgeben. Ich war schon längst zu weit gegangen, um zurückkehren zu können — und doch weiß ich nicht, ob ich es nicht versucht haben würde, wenn Sie vor einiger Zeit so zu mir gesprochen hätten. Doch diese Angst ergreift mich wieder," setzte sie, sich hastig umwendend, hinzu; „ich muß nach Hause gehen."

„Nach Hause!" wiederholte Rose, großen Nachdruck auf die Worte legend.

„Nach Hause, Miß — nach einem solchen Hause, wie ich es mir durch die ganze Mühe meines Lebens erbaut habe. Lassen Sie uns scheiden. Man wird mich beobachten oder sehen. Fort, fort von hier! Habe ich Ihnen einen Dienst geleistet, so erzeigen Sie mir nur die einzige Güte, zu geben und mich allein nach Hause zurückkehren zu lassen."

„Es ist vergeblich," sagte der Herr seufzend. „Wir gefährden vielleicht Ihre Person, wenn wir hier weilen, und haben Sie vielleicht schon länger aufgehalten, als Sie erwartet haben."

„Ja, ja," das haben Sie," sagte Nancy.

„Was kann das Ende des Lebens der Aermsten sein?" rief Rose aus.

„Schauen Sie hinunter in das finstere Wasser!" sagte das Mädchen. „Wie oft lesen Sie von meinesgleichen, die sich in die Fluten hinunterstürzen und kein lebendes Wesen, sie zu beweinen oder nur nach ihnen zu fragen, zurücklassen. Es können Jahre darüber hingehen oder vielleicht nur Monate, doch nicht besser wird zuletzt mein Ende sein."

„O bitte, reden Sie nicht so," sagte Rose schluchzend.

„Sie werden nie davon hören, beste junge Dame, und Gott verhüte, daß solcher Graus — Gute Nacht, gute Nacht!"

Der Herr wandte sich ab.

„Nehmen Sie um meinetwillen diese Börse," sagte Rose, „damit es Ihnen in der Stunde der Not nicht an einer Hilfsquelle mangle."

„Nein, nein," entgegnete das Mädchen. „Ich habe, was ich tat, nicht für Geld getan. Lassen Sie mir dieses Bewußtsein. Doch — geben Sie mir ein Andenken — etwas, das Sie getragen haben — nein, nein, keinen Ring — Ihre Handschuhe oder Ihr Taschentuch — so, des Himmels Segen über Sie — gute Nacht, gute Nacht!"

Ihre heftige Erregtheit und die Besorgnis einer Entdeckung, welche gefährlich für sie werden könnte, bewog den Herrn, sich ihrem Verlangen gemäß mit Rose zu entfernen. Auf der obersten Stufe angelangt, standen beide still.

„Horch!" flüsterte Rose. „Rief sie nicht? Ich glaube, daß ich ihre Stimme hörte'"

„Nein, mein liebes Fräulein," erwiderte Brownlows, traurig zurückblickend. „Sie hat sich nicht einmal leise geregt und wird es auch nicht eher, als bis wir fort sind."

Rose zögerte noch immer, allein der alte Herr legte ihren Arm in den seinigen und zog sie mit sanfter Gewalt fort. Sobald sie verschwunden waren, warf sich Nancy fast der Länge nach auf eine der Treppenstufen nieder und machte ihrer Herzensangst durch bittere Tränen Luft. Nach einiger Zeit stand sie wieder auf und begann mit wankenden Schritten ihren Heimweg. Der erstaunte Horcher blieb noch einige Minuten hinter dem Pfeiler stehen, schlich sodann die Treppe hinauf, lugte vorsichtig umher und eilte dann, so schnell er konnte, nach dem Hause des Juden zurück.

Siebenundvierzigstes Kapitel.

Unglückliche Folgen.

Es war fast zwei Stunden vor Tagesanbruch — die rechte Nachtzeit im Herbste, da, indem sogar der Schall zu schlummern scheint, die Straßen schweigend und verlassen und die Schlemmer und Schwelger nach Hause getaumelt sind, um zu träumen —

die Singer und Stadthagen an der Spitze haben. (Anhaltende Heiterkeit links.)

Abg. Dove (Fr. Vg.): Wir haben stets den Standpunkt in der Polenfrage eingenommen, den im Herren- und Abgeordnetenhause Graf Mirbach, Fürst Hatzfeld, Herr v. Kröcher u. a. eingenommen haben. (Hört, hört!) Den Block haben wir bisher nicht als Erziehungsanstalt betrachtet, wie Graf Westarp zu glauben scheint. (Gr. Htkt. u. Sehr gut! links.) Für die Geisteskultur der Konservativen ist die Behandlung des Professor Wagner im Zirkus Busch bezeichnend. Die Wiege des Herrn Böhme dürfte ja seinem Namen nach nicht allzu weit von Prag gestanden haben.

Abg. Hue (Soz.): Herr Böhme hat versucht, uns Hakatismus nachzuweisen. Das Material ist er schuldig geblieben. Er hat nur einige Artikel rein referierender Natur mißverstanden, wo über koloniale Arbeiterpolitik berichtet wurde.

Abg. Graf Westarp (kons.) behauptet noch einmal, das preußische Enteignungsgesetz widerspräche nicht der Verfassung.

Abg. v. Dziembowski (Pole): Den Herren rechts ist es nicht gelungen, unseren Antrag totzuschlagen. Graf Westarp rühmte die nationale Gesinnung, dann muß er sie auch bei uns Polen achten. Die Anwendung des Enteignungsgesetzes ist noch schlimmer als sein Gegensatz zum Reichsgesetz. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Pauli-Oberbarnim (Rv.): Graf Westarp konnte nicht auch für die Reichspartei sprechen. Ich habe im Abgeordnetenhaus gegen das Enteignungsgesetz gestimmt und stimme hier für den Antrag der Polen. (Lebh. Bravo! im Zentrum und bei den Polen.)

Die Diskussion schließt. Es folgt die zweite Lesung, in der niemand das Wort ergreift. Die von polnischer Seite beantragte namentliche Abstimmung wird auf die nächste Sitzung, Freitag 2 Uhr, vertagt. (Außerdem Etat des Kolonialamts.)

Schluß 5¾ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Abendsitzung vom Mittwoch, 24. Februar 1909.

Am Ministertisch: v. Moltke, v. Arnim-Criewen, v. Breitenbach.

Auf der Tagesordnung steht eine Zentrumsinterpellation und ein nationalliberaler Antrag, die beide staatliche Maßnahmen gegen die neuesten Hochwasserkatastrophen fordern.

Nach der Begründung durch die Abgg. Tourneau (Ztr.) und Heine (natl.) gab

Minister des Innern v. Moltke eine Uebersicht über die durch die Hochwasser angerichteten Schäden. Er dankte unter lebhaftem Beifall den Soldaten und Feuerwehren für ihr aufopferndes Rettungswerk. Auf den nationalliberalen Antrag erwiderte der Minister, daß es nicht darauf ankommen könne, alle Verluste versicherungsgemäß zu decken. Eine Unterstützung könne nur gewährt werden, wenn die Geschädigten nicht in der Lage seien, das Unglück zu ertragen. Das müsse gesagt werden, um keine falschen Hoffnungen aufkommen zu lassen. Zur Beseitigung der ersten Not, vor allem in der Altmark, habe der Staat sofort telegraphisch die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Auch für die Zukunft könne das Haus versichert sein, daß die Regierung überall schnell eingreifen werde. (Beifall.)

Landwirtschaftsminister v. Arnim schilderte seine persönlichen Erlebnisse im Ueberschwemmungsgebiet der Altmark, wo die Eisbrecher leider nur sehr langsam vorwärts kämen.

Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach lobt vor allem die Tätigkeit der Pioniere, die Tag und Nacht gearbeitet hätten (Lautes Bravo!) und teilte mit, daß die Eisenbahn alle Gaben frachtfrei in das Ueberschwemmungsgebiet befördere. (Beifall.)

In der Besprechung bat

Abg. Bethge (kons.) als Vertreter von Osterburg um schnelle Hilfe für die Wische.

Abg. v. d. Knesebeck (freikons.) forderte eine Vermehrung der Eisbrecher auf der Elbe.

Abg. Cahensly (Ztr.) verlangte schnelle Hilfe für die Lahn.

Abg. Dr. Heydweiller (natl.) besprach die Verheerungen im Unterlahnkreis.

Abg. Funck (Fr. Vp.): Die private Wohltätigkeit hat ja bereits eingesetzt. Aber es bleibt für den Staat noch viel zu tun übrig. Bei der Verteilung der Unterstützungen sollte nicht allzu bureaukratisch vorgegangen werden.

Abg. Borgmann (Soz.): Namens meiner politischen Freunde kann ich erklären, daß wir aufrichtig Teilnahme empfinden mit den durch das Hochwasser Geschädigten. Wir sind auch gern bereit, für die Hilfeleistungen die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Ich möchte jedoch den Wunsch aussprechen, daß die Regierung nicht erst lange auf die private Wohltätigkeit warten möge, sondern daß sie rasch eingreift. Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe. Ferner hoffe ich, daß die Hilfe gegeben werden möchte ohne Ansehen der Person. (Gelächter rechts.) Ihr Lachen ist sehr deplaciert. (Sehr richtig! bei den Soz.) Zum Schluß möchte ich all denjenigen, die unter Hintansetzung ihres Lebens rettend eingegriffen haben, auch namens meiner politischen Freunde Dank und Anerkennung aussprechen. (Beifall bei den Soz.)

Nachdem mehrere Abgeordnete aller Parteien als Vertreter der von der Ueberschwemmung heimgesuchten Kreise gesprochen hatten, wurde der Antrag der Nationalliberalen der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr. (Etat der Domänenverwaltung.)

Schluß 11 Uhr.

---

40. Sitzung vom Donnerstag, 25. Februar, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Landwirtschaftsminister v. Arnim-Criewen.

Die zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung wird beim Extraordinarium und der Besprechung des Antrages Groeben auf Zusammenberufung einer Konferenz zur Förderung der inneren Kolonisation und Schaffung einer Zentrale für dieselbe fortgesetzt.

Abg. Dr. Heydweiler (natl.): Herr Crüger sprach von der Abhängigkeit der Landarbeiter und forderte für sie das Koalitionsrecht. Er hat dabei nicht die großen Unterschiede zwischen den ländlichen und industriellen Verhältnissen berücksichtigt. Wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse werden sich nie aus der Welt schaffen lassen und sind auch notwendig. Fürst Bismarck sprach mit Bezug hierauf einmal von der gottgewollten Ordnung. Sie können ja auch historische Entwicklung sagen, wenn Sie lieber wollen.

Abg. Dr. v. Woyna (frk.) warnt davor, die Bedeutung der gewünschten Konferenz zu überschätzen. Die Kolonisation müsse nicht von oben, sondern von unten aus in die Hand genommen werden.

Abg. v. Bieberstein (kons.) verteidigt gegenüber dem Abg. Crüger die ländlichen Wohnungsverhältnisse. Mein Freund Arendt-Labiau hat ja neulich im Reichstag erzählt, wie er in einer nagelneuen Drei-Zimmerwohnung ein Mutterschaf mit einem Jungen gefunden hat. Und was finden Sie in der Stadt: dreckige Ein-Zimmerwohnungen, wo die ganze Familie wohnt, zusammen mit Schlafburschen zweierlei Geschlechts. (Hr. Htkt.) Herr Crüger sprach auch von der Abhängigkeit der Landarbeiter. In Wahrheit sind die Grundbesitzer, die großen wie die kleinen, abhängig von ihren Arbeitern. (Sehr richtig! rechts; Lachen links.)

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Klocke (Ztr.) wird der Schluß der Debatte beschlossen.

Abg. Dr. Crüger (Fr. Vp.) stellt fest, daß ihm durch den Schlußantrag die Möglichkeit genommen sei, auf die vielfachen Angriffe gegen seine Ausführungen zu antworten.

Der Antrag Groeben wird hierauf angenommen.

Der Rest des Etats wird nach unwesentlicher Debatte bewilligt.

Es folgt der Etat der Gestütsverwaltung.

Abg. v. Dirckfen (frk.) klagt über den Rückgang der Privatgestüte und der deutschen Rennställe. Frankreich hat in der Pferdezucht größere Fortschritte gemacht als wir. Die Körordnungen sollten nicht zu strenge gehandhabt werden.

Abg. Lohmann (natl.) wünscht Besserstellung der Gestütswärter.

Die Abgg. Marcks (Ztr.) und v. Bieberstein (kons.) schließen sich diesem Wunsche an.

Abg. v. Oertzen (kons.) fordert eine Einschränkung der Vollblutzucht in Graditz.

Minister v. Arnim-Criewen erwidert, daß das einer Aufgabe dieser Zucht gleichkommen würde.

Das Ordinarium wird bewilligt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern.)

Schluß 5½ Uhr.

---

als der Jude wachend in seiner alten Höhle mit einem so bleichen und verzerrten Gesichte und so roten und blutunterlaufenen Augen dasaß, daß er weniger einem Menschen als einem greulichen, vom Grabe feuchten und von einem bösen Geiste gepeinigten Gespenste glich.

Er kauerte, in eine zerlumpte Bettdecke gehüllt, an einem kalten Herde und hatte die Blicke auf ein dem Erlöschen nahes Licht gerichtet, das auf einem Tische neben ihm stand. Die rechte Hand hielt er, wie in Gedanken verloren, an die Lippen und kaute an seinen langen, schwarzer Fingernägeln, so daß man in dem sonst zahnlosen Munde einige Vorderzähne erblickte, die einem Hunde oder einer Ratte hätten angehören können.

(Fortsetzung folgt.)

Die Petition der Bergarbeiter in Schaumburg-Lippe vor dem preußischen Landtag.

Die Bergarbeiter in Schaumburg-Lippe haben vor einiger Zeit an den preußischen Landtag und an den preußischen Handelsminister eine Eingabe gerichtet, in der sie um die Gewährung einer Lohnerhöhung von 30 Pfg. pro Schicht petitionierten. Beim Bergwerksetat stand diese Petition mit zur Beratung. Die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses beantragte, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, während die sozialdemokratische Fraktion Ueberweisung zur Berücksichtigung verlangte. In der Sitzung vom 18. Februar wurden beide Anträge behandelt. Interessant war dabei das Verhalten der christlichen Bergarbeitervertreter, die als Zentrumsabgeordnete dem Landtag angehören. In Versammlungen haben diese Herren, die Brust, Imbusch, Sauermann usw., ja auch in Schaumburg-Lippe schon erklärt, daß sie für die Besserstellung der Lage der Arbeiter eintreten, und auch im Landtage finden sie bisweilen schöne Worte, von denen sie offenbar glauben, daß dadurch die Arbeiter zufriedengestellt seien. Wenn es aber gilt, durch Taten zu beweisen, daß die Herren zu ihren Worten stehen, dann haben sie schon des öfteren versagt. Auch in diesem Falle. Der Antrag der Sozialdemokraten, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde einstimmig mit Ausnahme der Stimmen der Antragsteller abgelehnt. **Gegen den Antrag haben also auch die Brust, Imbusch und Sauermann gestimmt.**

Wir lassen nunmehr den Bericht über die Verhandlungen nach dem amtlichen Stenogramm folgen:

Stengel, Berichterstatter (frk.): Die Petition scheint auszugehen von einem großen Teil der Belegschaft des von dem Königreich Preußen und dem Fürstentum Schaumburg-Lippe gemeinschaftlich betriebenen Steinkohlenbergwerks bei Obernkirchen. Unter der Petition stehen ungefähr 1400 Namen; allerdings sind sie nur gedruckt darunter. Die Petenten teilen mit, daß sie dieselbe Petition auch an den Herrn Minister für Handel und Gewerbe gerichtet haben, und bitten um die Gewährung einer Lohnerhöhung von 30 Pfg. pro Schicht und Arbeiter. Sie bitten um geneigte Berücksichtigung und baldige Erledigung.

Die Kommission hat die Petition beraten. Die Vertreter der Staatsregierung haben mitgeteilt, daß die Petition inzwischen erledigt sei, und zwar, daß die Petenten abschlägig beschieden seien. Die Gründe für diesen abschlägigen Bescheid waren nach den Mitteilungen der Regierungsvertreter folgende.

Es seien in den letzten Jahren mehrfach Lohnerhöhungen eingetreten. Daß die Löhne auskömmlich seien, ginge ja schon daraus hervor, daß während der ganzen Zeit der Hochkonjunktur nicht ein einziger Arbeiter die Arbeit in Obernkirchen verlassen habe, um nach Westfalen zu gehen und dort höhere Löhne zu erhalten. Ueberhaupt wäre der Andrang der Arbeiter zum Werke so groß, daß man überhaupt keine Arbeiter mehr annehme, außer Söhne von Bergleuten. Die Schaumburg-Lippische Regierung habe sich ganz entschieden gegen die Lohnerhöhung ausgesprochen. Da das Werk gemeinschaftlich betrieben werde, wäre es gar nicht möglich, ohne deren Zustimmung eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen.

Ein Mitglied der Kommission, das aus der Gegend stammt, bestätigt alle diese Angaben der Staatsregierung, und die Kommission hat beschlossen, Ihnen zu empfehlen, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Es liegt nun ein Antrag der Abgg. Borgmann und Genossen vor, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Antrag hat der Kommission nicht vorgelegen; aber wenn er vorgelegen hätte, so bin ich überzeugt, daß der Antrag abgelehnt worden wäre. Die Kommission hat einstimmig beschlossen, dem Hause zu empfehlen, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Leinert.

Abg. Leinert (Soz.): Meine Herren, wir haben den Antrag eingebracht, diese Petition, die 1660 Unterschriften trägt, der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Meine Herren, die Lohnverhältnisse in Schaumburg-Lippe sind durchaus nicht so günstig, daß man über eine solche Petition, die nicht mehr als 30 Pfg. pro Tag Lohnerhöhung verlangt, ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen kann. Der Jahreslohn hat in Schaumburg-Lippe betragen im Jahre 1905 899 Mk., er beträgt jetzt nach dem Bericht, der uns in Drucksache Nr. 45 gegeben ist, 908 Mk., ist also gestiegen um ganze 9 Mk. innerhalb 3 Jahren. Allerdings ist in dem Bericht mitgeteilt, daß der Lohn gegen das Vorjahr um 28 Mk. gestiegen ist. Aber das ist nur ein Beweis dafür, daß er seit dem Jahre 1905 wieder um so viel gefallen ist, daß nunmehr, um 9 Mk. gegen 1905 zu erreichen, eine Differenz von 28 Mk. auszugleichen ist.

Meine Herren, die Löhne in Schaumburg-Lippe sind von ganz Deutschland die allerungünstigsten. Die Königlichen Bergwerke am Deister weisen einen Lohn von 1111 Mk. auf; im Oberbergamtsbezirk Dortmund haben die fiskalischen Bergarbeiter einen Durchschnittslohn von 1404 Mk., im Saargebiet von 1206 Mk., in Zabrze in Oberschlesien von 1099 Mk.; aber selbst wenn man die Erhöhung von 28 Mk. pro Arbeiter in Rechnung setzen will, so ergibt sich, daß der Lohn der Bergarbeiter im Königlichen Bergwerk am Deister um 31 Mk., im Oberbergamtsbezirk Dortmund um 126 Mk., in Saarbrücken um 46 Mk., in Zabrze in Oberschlesien um 53 Mk. gegen das Vorjahr gestiegen ist.

Nun wird eine Lohnerhöhung von 30 Pfg. pro Tag verlangt. In der Kommission hat die Regierung das, was der Herr Berichterstatter schon gesagt hat, angeführt. Es ist gesagt worden, es handle sich dort um angesessene Leute, und in dem Bericht findet sich auch der Satz: „wenn sie sich nicht gut ständen, wären sie während der Hochkonjunktur sicher nach Westfalen gegangen". Diese Bemerkung darf doch die Regierung nicht machen; denn sie hat doch alles Interesse, die eingesessenen Leute auf den Werken zu halten. Den Arbeitern aber geht es in Wirklichkeit nicht gut, und die großen Vorteile in sozialpolitischer Beziehung kommen den Arbeitern gar nicht zu. Der Herr Minister sprach vorhin von den vorzüglichen Waschkauen; ich will annehmen, daß die Waschgelegenheit in Schaumburg-Lippe überhaupt nur auf zwei Schächten vorhanden ist, daß ein großer Teil der Bergleute schmutzig nach Hause gehen müssen, überhaupt keine Waschgelegenheit haben, wenn sie aus dem Bergwerk ausfahren, daß also gar keine Rede davon sein kann, daß es den Bergleuten im Lippischen gut geht.

Meine Herren, der Grund, daß es sich nicht um ein rein preußisches Werk handelt, kann doch nicht maßgebend sein, eine Lohnerhöhung nicht zu bewilligen; es ist, glaube ich, auch nicht richtig, daß die Lippische Regierung die Lohnerhöhung abgelehnt hat; es könnte höchstens der Lippische Fürst gewesen sein, denn die Landtagsabgeordneten aus Lippe einige wenigstens, haben mir gesagt, daß sie sehr gern dafür eintreten würden, den Bergarbeitern diese Lohnerhöhung zu geben; sie hätten aber gar keine Gelegenheit dazu, weil die Einnahmen des Bergwerks nicht in dem Etat des Fürstentums Lippe erscheinen. Sonach handelt es sich in Wahrheit nicht um eine Zurückweisung der Wünsche durch die Regierung und nicht um die zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung nötige Erklärung des Landtages, sondern nur um eine Erklärung des Fürsten von Lippe.

Meine Herren, auf diesem Werke werden 2 426 000 Mk. an Löhnen und Gehältern ausgezahlt. Die Forderung der Bergleute in Höhe von 30 Pfg. pro Tag wird eine Mehrausgabe bringen von 218 340 Mark. Gegenüber dem jetzigen Betrag ist das jedenfalls eine nicht sehr erhebliche Summe, und wenn die Gewinne aus diesem Bergwerk nicht voll zum Ausdruck kommen, so kommt dabei in Frage, daß die neuen Anlagen aus dem Gewinn bezahlt werden und die Gewinne daher unter Abzug dieser Ausgaben für die Neuanlagen hier eingesetzt erscheinen. Ich kann Sie nur dringend bitten, im Interesse der Bergleute, die am allerschlechtesten von den fiskalischen Bergleuten stehen, diesen Antrag, den wir eben vorgelegt haben, anzunehmen. Es würde im übrigen einen schlechten Eindruck machen, über eine Lohnforderung von Arbeitern hier schlechtweg zur Tagesordnung überzugehen, besonders deshalb, weil wir noch mitten in den Beratungen stehen über die Forderungen und die Gehaltszulagen für die staatlichen Beamten.

Die andere Bemerkung, die gemacht ist, daß verschiedentlich Lohnsteigerungen stattgefunden haben, müßte erst noch bewiesen werden. Tatsächlich hat eine Lohnerhöhung von 20 Pfg. vor längerer Zeit stattgefunden; aber nachdem diese Lohnerhöhung bewilligt war, wurde den Arbeitern die Aufgabe gestellt, nun einen Wagen Kohlen mehr pro Tag zu liefern. Daher hat sich die Lohnerhöhung in eine vermehrte Ausgabe von Arbeitskraft umgesetzt, und die Lohnerhöhung ist tatsächlich nicht vorhanden. Ich bitte Sie daher dringend, nehmen Sie unseren Antrag an. Er ist nur ein Akt der Gerechtigkeit, den das Haus unbedingt erfüllen muß, wenn es nicht auf dem Standpunkt stehen will, über die Forderungen der Arbeiter überhaupt zur Tagesordnung überzugehen. (Bravo! b. d. Soz.)

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abg. Brust.

Abg. Brust (Ztr.): Meine politischen Freunde sind nicht in der Lage, diesem Antrag zuzustimmen. Wir haben alljährlich bei der Beratung des Bergesetzes unsere Wünsche bezüglich der Bergarbeiterlöhne zum Ausdruck gebracht dahin, daß die Löhne ständig den Bedürfnissen entsprechend gesteigert und bei rückgängiger Konjunktur nicht rapide herabgesetzt werden, wie das leider in der Privatindustrie sofort geschehen ist. Wir können für den Antrag nicht stimmen, weil die Konjunktur rückgängig ist und allenthalben sich die Löhne nach unten bewegen. Dagegen hat der preußische Bergfiskus, wie die Statistik in Nr. 45 der Drucksachen zeigt, die Löhne aufrecht erhalten und sogar etwas gesteigert. Im Ruhrgebiet sind sie schon merklich heruntergegangen. (Hört, hört!) In dieser Lohnpolitik des Bergfiskus, daß bei rückgängiger Konjunktur die Löhne nicht ohne weiteres heruntergesetzt werden, erblicken wir eine gute Arbeiterfürsorge und wünschen — das hat auch mein Fraktionskollege Herr Sauermann betont —, daß er diese Lohnpolitik beibehält und die Löhne nicht herunterjetzt.

Wir haben uns in der Kommission mit dieser Petition beschäftigt, und von Regierungsseite ist gesagt, daß der Durchschnittslohn dort auf den Werken in 10 Jahren um rund 1 Mk. gestiegen sei, dann sei 1907 noch der Schichtlohn um 20 Pfg. gestiegen.

Der Abg. Leinert hat dann gemeint, dafür müßten die Leute einen Wagen Kohlen mehr liefern. Dann bin ich ganz verwundert über die dortigen Verhältnisse. Im Ruhrgebiet ist man gewohnt, daß die Leute pro Schicht soviel Kohlen liefern, wie sie können, da kann die Leistung nicht gesteigert werden. Wenn aber die Leute auf den Lippischen Gruben 1 Wagen Kohlen mehr liefern als früher, dann läßt das doch den Schluß zu, daß sie früher ihre Arbeitskraft nicht vollauf ausgenutzt haben. (Zuruf bei den Soz.) Ob Ihnen, Herr Leinert, das als arbeiterfreundlich erscheint, kann uns an und für sich gleichgiltig sein. Wir haben hier nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu urteilen, und wir stehen selbstverständlich den Arbeitern auch wohlwollend gegenüber und lassen uns darin auch von den Sozialdemokraten nicht übertreffen. Wir lehnen den Antrag nicht deshalb ab, weil — das ist in der Kommission schon gesagt worden — die Petition von einem sozialdemokratischen Agitator ausging — ich glaube, Herr Gärtner aus Hannover ist es —; nein, wir lassen uns bei unseren Entschließungen lediglich von sachlichen Rücksichten leiten.

Es ist uns in dem Bericht der Budgetkommission auch gesagt worden, daß der Andrang der angesessenen Bewohner zu den Bergwerken so groß sei, daß nur noch Bergmannssöhne angelegt würden. Meine Herren, wir wünschen nicht, daß bei stärkerem Angebot von Arbeitern diese Gelegenheit benutzt wird, die Löhne niederzuhalten oder sie herunterzusetzen. Das möchte ich hier ausdrücklich betonen. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß im allgemeinen der Fiskus auf staatlichen Bergwerken im vergangenen Jahre, wenigstens in den ersten drei Quartalen, die Löhne des Vorjahres noch beibehalten und sie noch etwas gesteigert hat. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Bergfiskus auch ferner dafür sorgt, daß nach wie vor die Löhne der Saarbergleute gesteigert werden und er, soviel in seinen Kräften steht, auch dahin wirkt, daß die Löhne der Bergarbeiter in den Schaumburg-Lippischen Gemeinschaftswerken nach wie vor gesteigert werden. (Bravo! im Ztr.)

Präsident v. Kröcher: Es ist der Schluß der Besprechung beantragt von dem Abg. v. d. Groeben. Ich bitte, daß diejenigen Herren sich erheben, die den Antrag unterstützen wollen. Die Unterstützung genügt. Zum Wort gemeldet ist nur der Abg. Leinert. Ich bitte, daß diejenigen Herren, die den Schlußantrag annehmen wollen, sich erheben.

* * *

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses dem Schlußantrag zustimmte, obgleich der Präsident ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht hatte, daß nur der sozialdemokratische Redner auf die krausen Ausführungen des Abg. Brust antworten wollte. Jordan v. Kröcher, der Urreaktionär, erscheint liberal angesichts dieser Haltung der Mehrheitsparteien im Landtag.

Kommunales.

d. Von der Westfälischen Landgemeindeordnung. Die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung der Gemeindeverordneten finden alle zwei Jahre im November statt. Doch ist nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts eine etwa erst im Dezember erfolgte Wahl nicht deshalb ungiltig, „da die betreffende Vorschrift des Gesetzes wesentlich instruktioneller Natur ist, deren tunlichste Befolgung zwar geboten, nicht aber eine unerläßliche Voraussetzung für die Giltigkeit der Wahl ist." Der Wahltermin ist vier Wochen vorher nach der in der Gemeinde üblichen Publikationsart bekannt zu machen und zugleich ein Verzeichnis der stimmberechtigten Gemeindeglieder zur Einsicht der Beteiligten auszulegen. Die Publikation der Wahl wird

wohl in neuerer Zeit fast überall durch die Zeitung geschehen. Es gibt viele Gemeindebeschluß festgelegt haben, daß in dieser Form erscheinen. Die Gemeinden, in denen es ortsüblich ist, durch Ausschellen oder durch Anschlag in Kasten usw. erfolgen. Die Art und Ort der Wahl genau angegeben mann festgesetzt. Zum bleibt Abteilungen zu gleicher Stunde neren Gemeinden fast immer geteilung bestimmte Stunden und will.

Aus dem Wortlaut des Gesetzes Wochen vorher bekannt zu machen zeichnis der stimmberechtigten Personen man bisher allgemein entnommen Wochen auslegen müsse und früher selbst in diesem Sinne werden, daß der Wortlaut des ganz korrekt ist, aber wenn man das Gesetz erklären zu wollen, anders lauten, als wie sie das gegeben hat. Vor einigen Monaten seinen bisherigen Standpunkt Urteil ausgesprochen, die Liste zuliegen, die Frist habe vielmehr sie müsse nur eine angemessene hat das Gericht 14 Tage als sich bei dem Urteil um eine Gemeinhandelte, so kann man wohl die verwaltungsgericht, nachdem es punkt verlassen hat, bei noch Tage als angemessen betrachten.

In die Wählerliste sind alle, das aktive Wahlrecht besitzen. kann jeder Beteiligte sich vergewissern Liste und seiner Steuerleistung eingetragen ist. Das Recht auf besteht nicht, dagegen ist es zulässig die Liste durchzusehen, da feststellen läßt, ob der Wähler sich rechte Stelle eingetragen ist.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Dauer der Auslegung sind Gemeindevorsteher anzubringen. Gemeindeversammlung. Wird Gemeindeversammlung die Auslegung sagt, so kann dieser Beschluß mit verfahren angefochten werden. nach Zustellung des Beschlusses Kreisausschuß anzubringen. 14 Tagen Berufung an den Bescheidung wieder innerhalb 14 Oberverwaltungsgericht angefochten.

Die durch Beschluß der stellte Wählerliste bildet die Selbst wenn ihre Richtigkeit dert das vorläufig nichts an dem nommen, da die Klage keine in der Wählerliste verzeichnet werden, auch wenn ihm recht Das kann z. B. zutreffen bei Staatsangehörigkeit besitzen, tragen sind, oder bei Gemeinden Wohnsitz außerhalb der Gemeinde auch diese Personen bei der können, so ist doch andererseits ein Gewählter nur mit Hilfe Majorität erhalten hat, ungiltig Wählern das Wahlrecht in

Wählbar ist jedes Mitglied zur Zeit der Vornahme besitzt, zu beachten sind jedoch Hausbesitzer, welchen Punkt sprechen werden. Ob der Gewählte in die Liste eingetragen war, ist unerheblich. aktive Wahlrecht maßgebend, nicht in dieselbe aufgenommen der Zahl der Stimmberechtigten Abteilung nicht gebunden. dritten Abteilung wählt, von als Gemeindeverordneter gewählt.

Die Leitung der Wahl liegt der sich aber durch den Gemeindevorsteher Die Stimmabgabe erfolgt unter Beisein des Wählers in das Verzeichnis. Wähler soll soviel Personen zu wählen sind. Bezeichnet er zwei zu wählen sind, so ist die Gewählt ist derjenige, der die meisten gegebenen Stimmen erhalten hat, dann vorhanden, wenn der Gewählte mehr hat, wie alle übrigen Kandidaten. der Kandidaten die absolute Majorität, so findet engeren Wahl geschritten. Die engere Wahl kann stattfinden, wo nur eine Anfechtung vorliegt. engeren Wahl muß auch der Wähler, der bei der ersten Wahlgange zwei Kandidaten gestimmt hatten, es entscheidet in der engeren Wahl sind doppelt so viele Gemeindeverordnete zu wählen, als zu wählen ist die absolute Majorität nicht erreicht, so entscheidet Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit Die Wahlhandlung endet mit der Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Die Einführung einer abend von der Lübecker Bürgerschaft trägt 3 bis 10 Prozent und mehr betragen. Erhöht sich der Wert, so werden Zuschläge zu den 10 bis 100 Prozent erhoben. Bei Grundstückswechsel mit Wertsteigerung folgte. Das Gesetz hat rückwirkende Kraft.

In Sachen Arbeitslosen hat der magistrat Nürnberg am 15. Gemeindekollegiums zu beschließen, 15 000 Mk. für die Auszahlung von Arbeitslose zu bewilligen, um nun auf seinen Beschluß bestehen zu können, gemeinsame Sitzung beider Kollegien die Frage entscheiden müsse. Da der Beschluß des Gemeindekollegiums Stimmen gefaßt wurde, war es gar nicht aussichtslos gewesen. wurde auch von dem sozialdemokratischen gestellt, aber mit 5 gegen 1 Stimme.

Unterstützung für Arbeitslose. verordnetenversammlung beschloß, Unterstützung der ausgesteuerten beitslosen. Die Sozialdemokraten Die 20 000 Mk. werden bewilligt. (Dies ist eine Frankfurter Korrespondenz geleitet hat.)

Bemerkenswert ist, daß die Nationalliberalen gegen den Führer der Jung-Nationalen erst bewiesen werden, daß

Genosse Dittmann wies auf Gewerkschaften im vergangenen Unterstützungen für Arbeitslose

wohl in neuerer Zeit fast überall durch Veröffentlichung in der Zeitung geschehen. Es gibt viele Gemeinden, welche durch Gemeindebeschluß festgelegt haben, daß alle ihre Bekanntmachungen in dieser Form erscheinen. Dagegen gibt es auch noch Gemeinden, in denen es ortsüblich ist, daß die Bekanntmachungen durch Ausschellen oder durch Aushang in einem dazu bestimmten Kasten usw. erfolgen. Die Bekanntmachung muß Tag, Stunde und Ort der Wahl genau angeben. Die Wahlzeit wird vom Amtmann festgesetzt. Ihm bleibt es überlassen, ob er alle drei Abteilungen zu gleicher Stunde bestellen will, wie das in kleineren Gemeinden fast immer geschieht oder ob er für jede Abteilung bestimmte Stunden und eventuell auch Tage ansetzen will.

Aus dem Wortlaut des Gesetzes: Der Wahltermin ist vier Wochen vorher bekannt zu machen und zugleich ein Verzeichnis der stimmberechtigten Gemeindeglieder zuzulegen, hat man bisher allgemein entnommen, daß das Verzeichnis vier Wochen ausliegen müsse und das Oberverwaltungsgericht hat früher selbst in diesem Sinne entschieden. Es kann zugegeben werden, daß der Wortlaut des Gesetzes an dieser Stelle nicht ganz korrekt ist, aber wenn man sich schon einmal dabei gibt, das Gesetz erklären zu wollen, dann kann diese Erklärung nicht anders lauten, als wie sie das Oberverwaltungsgericht selbst gegeben hat. Vor einigen Monaten hat das Oberverwaltungsgericht seinen bisherigen Standpunkt jedoch aufgegeben und in einem Urteil ausgesprochen, die Liste brauche nicht 4 Wochen auszuliegen, die Frist habe vielmehr der Amtmann zu bestimmen, sie müsse nur eine angemessene sein. Im fraglichen Falle hat das Gericht 14 Tage als angemessen betrachtet. Da es sich bei dem Urteil um eine Gemeinde von etwa 1700 Einwohnern handelte, so kann man wohl die Frage aufwerfen, ob das Oberverwaltungsgericht, nachdem es einmal seinen früheren Standpunkt verlassen hat, bei noch kleineren Gemeinden nicht auch acht Tage als angemessen betrachten wird.

In die Wählerliste sind alle diejenigen aufzunehmen, welche das aktive Wahlrecht besitzen. Während der Auslegung der Liste kann jeder Beteiligte sich vergewissern, ob er überhaupt in die Liste und seiner Steuerleistung entsprechend, an die rechte Stelle eingetragen ist. Das Recht auf Erteilung einer Abschrift der Liste besteht nicht, dagegen ist es zulässig, sich Notizen zu machen, auch die Liste durchzusehen, da sich ja nur bei einer Durchsicht feststellen läßt, ob der Wähler seiner Steuerleistung gemäß an die rechte Stelle eingetragen ist.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste sind während der Dauer der Auslegung mündlich oder schriftlich beim Gemeindevorsteher anzubringen. Ueber die Einsprüche beschließt die Gemeindeversammlung. Wird jemandem durch Beschluß der Gemeindeversammlung die Aufnahme in die Wählerliste versagt, so kann dieser Beschluß mit der Klage im Verwaltungsstreitverfahren angefochten werden. Die Klage ist innerhalb 14 Tagen nach Zustellung des Beschlusses der Gemeindeversammlung beim Kreisausschuß anzubringen. Gegen dessen Urteil ist innerhalb 14 Tagen Berufung an den Bezirksausschuß zulässig, dessen Entscheidung wieder innerhalb 14 Tagen mit der Revision beim Oberverwaltungsgericht angefochten werden kann.

Die durch Beschluß der Gemeindeversammlung festgestellte Wählerliste bildet die Grundlage für die Wahl. Selbst wenn ihre Richtigkeit im Klagewege angefochten ist, ändert das vorläufig nichts an der Sache. Die Wahl wird vorgenommen, da die Klage keine aufschiebende Wirkung hat. Wer in der Wählerliste verzeichnet steht, muß zur Wahl zugelassen werden, auch wenn ihm rechtlich das Wahlrecht nicht zusteht. Das kann z. B. zutreffen bei Personen, die nicht die preußische Staatsangehörigkeit besitzen, aber trotzdem in die Liste eingetragen sind, oder bei Gemeindemitgliedern, die inzwischen ihren Wohnsitz außerhalb der Gemeinde verlegt haben. Wenn nun auch diese Personen bei der Wahl nicht zurückgewiesen werden können, so ist doch andererseits zu beachten, daß eine Wahl, bei der ein Gewählter nur mit Hilfe solcher Stimmen die absolute Majorität erhalten hat, ungiltig ist, weil eben den betreffenden Wählern das Wahlrecht in Wirklichkeit nicht zustand.

Wählbar ist jedes Mitglied der Gemeinde, welches zur Zeit der Vornahme der Wahl das Gemeinderecht besitzt, zu beachten sind jedoch die Bestimmungen wegen der Hausbesitzer, welchen Punkt wir im nächsten Artikel noch besprechen werden. Ob der Gewählte auch wirklich in die Wählerliste eingetragen war, ist unerheblich, da die Liste nur für das aktive Wahlrecht maßgebend ist und jemand aus Versehen nicht in dieselbe aufgenommen sein kann. Die Wahl erfolgt aus der Zahl der Stimmberechtigten, man ist also an die Wähler der Abteilung nicht gebunden. Es kann somit jemand, der in der dritten Abteilung wählt, von der ersten oder zweiten Abteilung als Gemeindeverordneter gewählt werden.

Die Leitung der Wahl liegt in den Händen des Amtsmanns, der sich aber durch den Gemeindevorsteher vertreten lassen kann. Die Stimmabgabe erfolgt mündlich und die Namen sind im Beisein des Wählers in das Wahlprotokoll einzutragen. Jeder Wähler soll soviel Personen bezeichnen, als in seiner Abteilung zu wählen sind. Bezeichnet er jedoch nur eine Person, wenn zwei zu wählen sind, so ist die eine Stimme nicht ungiltig. Gewählt ist derjenige, der die absolute Majorität aller abgegebenen Stimmen erhalten hat. Die absolute Majorität ist dann vorhanden, wenn der Betreffende mindestens eine Stimme mehr hat, wie alle übrigen Kandidaten zusammen. Hat niemand der Kandidaten die absolute Mehrheit erhalten, so wird zur engeren Wahl geschritten, die sofort vorgenommen werden kann. Die engere Wahl wird immer dort sofort stattfinden, wo nur eine Anfangszeit der Wahl festgesetzt ist. Zur engeren Wahl muß auch dann geschritten werden, wenn im ersten Wahlgange zwei Kandidaten gleichviel Stimmen erhalten haben, es entscheidet also dann nicht das Los. Auf die engere Wahl sind doppelt so viel Kandidaten zu bringen, als Gemeindeverordnete zu wählen sind. Bei der engeren Wahl ist die absolute Majorität nicht erforderlich, es genügt einfache Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die Wahlhandlung endet mit der Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Die Einführung einer Wertzuwachssteuer wurde Montag abend von der Lübecker Bürgerschaft beschlossen. Die Steuer beträgt 3 bis 10 Prozent und wird von jedem Wertzuwachs erhoben. Erhöht sich der Wertzuwachs auf mehr als 10 Prozent, so werden Zuschläge zu dem Grundsteuersatz in der Höhe von 10 bis 100 Prozent erhoben. Dasselbe geschieht, wenn der Grundstückswechsel mit Wertsteigerung innerhalb 10 Jahren erfolgte. Das Gesetz hat rückwirkende Kraft ab 31. Dezember 1907.

In Sachen Arbeitslosenunterstützung hatte sich der Stadtmagistrat Nürnberg am 23. Februar mit dem Beschluß des Gemeindekollegiums zu befassen, das den Magistratsbeschluß, 15 000 Mk. für die Auszahlung von Barunterstützungen an Arbeitslose zu bewilligen, umgestoßen hat. Der Magistrat hätte nun auf seinen Beschluß bestehen können, und es hätte dann eine gemeinsame Sitzung beider städtischer Kollegien noch einmal über die Frage entscheiden müssen.

Da der Beschluß des Gemeindekolleziums mit 25 gegen 26 Stimmen gefaßt wurde, wäre eine solche gemeinsame Sitzung gar nicht aussichtslos gewesen. Ein dahingehender Antrag wurde auch von dem sozialdemokratischen Magistratsrat Merkel gestellt, aber mit 5 gegen 15 Stimmen abgelegnt.

Unterstützung für Arbeitslose. Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung bewilligte am Dienstag 20 000 Mk. zur Unterstützung der ausgesteuerten Gewerkschaftler und der Arbeitslosen. Die Sozialdemokraten hatten 30 000 Mk. beantragt. Die 20 000 Mk. werden dem „Sozialen Museum" überwiesen. (Dies ist eine Frankfurter Organisation, die das Hilfswerk eingeleitet hat.)

Bemerkenswert ist, daß sowohl die Freisinnigen als auch die Nationalliberalen gegen diesen Antrag gestimmt haben. Der Führer der Jung-Nationalliberalen meinte sogar, es müsse ihm erst bewiesen werden, daß ein Notstand bestehe.

Genosse Dittmann wies demgegenüber darauf hin, daß die Gewerkschaften im vergangenen Jahre allein 148 013 Mk. an Unterstützungen für Arbeitslose ausgezahlt haben; das „Soziale Museum" hat bisher für den gleichen Zweck 35 000 Mk. aufgewendet.

Maßnahmen gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit forderte am Dienstag eine Arbeitslosen-Versammlung in Zwickau. Der Parteivorstand wurde beauftragt, beim Oberbürgermeister zur Beschäftigung von Arbeitslosen mit städtischen Arbeiten Schritte zu unternehmen.

Parteinachrichten.

Zum Parteitag in Leipzig. Eine Parteiversammlung der Genossen von Leipzig-Stadt und -Land wählte das Lokalkomitee, das die Vorbereitungen zum Parteitag zu treffen hat. Das 17gliedrige Komitee hat sich schon konstituiert und den Genossen R. Lipinski zum Vorsitzenden gewählt, dessen Adresse: Leipzig, Elsterstr. 14, ist. Weiter hat sich das Komitee dann in Unterausschüsse geteilt: Einen Organisationsausschuß, Vorsitzender R. Lipinski; einen Presseausschuß, Vorsitzender F. Seger, Fregestr. 22; einen Wohnungsausschuß, Vorsitzender G. Oroel, Leipzig-Plagwitz, Weißenfelserstr. 9, und einen Unterhaltungsausschuß, Vorsitzender F. Rüchtern, Leipzig-Thonberg, Stötteritzerstr. 18.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Hetze gegen das Hamburger Gewerkschaftshaus. Von den „Hamburger Nachrichten" ist eine richtige Hetze gegen die Verwaltung des Gewerkschaftshauses in Hamburg eingeleitet worden. Die maßgebenden Instanzen der Partei und der Gewerkschaften in Hamburg haben eine eingehende Untersuchung eingeleitet. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist in Form einer preßgesetzlichen Berichtigung dem Hamburger Scharfmacherblatt übermittelt worden. Wir lassen nachstehend die Berichtigung folgen, weil sie einen klaren Ueberblick über die erhobenen Vorwürfe und den tatsächlichen Sachverhalt bietet.

1. Es ist nicht wahr, daß das weibliche Personal des Gewerkschaftshauses eine Beschwerde bei der Verwaltung eingereicht hat, mit dem Erfolg, daß bereits mit der Entlassung der Beschwerdeführer der Anfang gemacht worden ist. Wahr ist, daß allerdings einige Beschwerden bei der Verwaltung eingegangen sind, die geprüft und für gerechtfertigt erkannt sind. Wegen der Beschwerden ist kein Beschwerdeführer entlassen, sondern die Entlassung ist erfolgt, weil nach Verhandlung der Beschwerden einige der Beschwerdeführer beharrlich die Anordnungen des Herbergsökonomen ignoriert haben. Diese Gründe sind ihnen bei der Entlassung angegeben.

2. Es ist nicht wahr, daß Angestellte, die eine Eingabe an die Verwaltung gerichtet haben, in der um Wiedereinstellung eines entlassenen Mädchens gebeten wurde, keine Antwort bekommen haben. Wahr ist, daß dem unter Berufung auf diese Petition bei der Verwaltung vorstellig gewordenen Mädchen wiederholt gesagt ist, daß es nicht wieder eingestellt werden könnte, und diese Antwort ist dem Personal übermittelt.

3. Es ist nicht wahr, daß Beschwerden über angebliche Verwertung von nicht einwandfreiem Fleisch und sonstige Waren durch den Oekonomen mit Entlassung der Beschwerdeführer beantwortet sind. Wahr ist, daß diese Beschwerden in drei mehrstündigen Sitzungen geprüft und ebenfalls für ungerechtfertigt erkannt sind.

4. Es ist nicht wahr, daß der Verwaltung in einer Beschwerde mitgeteilt ist, daß Fleisch aus einer Abfalltonne herausgeholt und wieder gekocht ist. Wahr ist, daß niemals Fleisch aus einer Abfalltonne herausgeholt und benutzt ist.

5. Es ist nicht wahr, daß für das Personal der Herberge dreierlei Küche geführt wird. Wahr ist, daß der Herbergsökonom, der neben seinem Bargeld für sich und seine Familie volle Beköstigung erhält, sich besseres Essen bereiten durfte, was sein vertragliches Recht ist. Wahr ist weiter, daß die Kost für Kellner und das übrige Personal, wenn auch nicht gleichgeartet, so doch stets gleichwertig gewesen ist.

6. Es ist nicht wahr, daß in der Herberge des Gewerkschaftshauses eine Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden herrscht. Wahr ist, daß die Arbeitszeit aller Personen inklusive Pausen in keinem Falle mehr als 11 Stunden beträgt.

7. Es ist nicht wahr, daß für das Personal der Herberge des Gewerkschaftshauses Logiszwang eingeführt ist. Wahr ist, daß unter den über 20 Angestellten der Herberge nur drei gezwungen sind, während der Nacht im Gewerkschaftshause zu logieren, um bei der starken Frequenz von nahezu 150 Logisgästen täglich bei eintretenden besonderen Ereignissen stets sofort zur Hand zu sein.

8. Es ist nicht wahr, daß der Expedient 1½ Jahre auf Kosten des Gewerkschaftshauses verpflegt worden ist. Wahr ist, daß der Expedient stets sein Mittagessen im eigenen Hause genossen hat, daß er sich allerdings aber, wie sein dazu berechtigter Vorgänger, Frühstück und Abendbrot am Buffet auf Kosten des Gewerkschaftshauses hat geben lassen, wofür er dann auf Extrabezahlung außerordentlicher Arbeiten verzichtet hat.

9. Es ist nicht wahr, daß den Hausdienern zur Einnahme ihrer Mahlzeiten ein Raum zur Verfügung steht, der gleichzeitig Desinfektionsraum und den Abort enthält. Wahr ist, daß der helle und genügend große Raum, der den Hausdienern zur Einnahme ihrer Mahlzeiten zugewiesen ist, sich innerhalb der gesamten großen Laderäumlichkeiten befindet, die allerdings auch den absolut geruchlosen Heiß-Wasser-Dampfkessel für Desinfektion und ein W. C. enthalten.

10. Es ist nicht wahr, daß die Scheuerfrauen gezwungen sind, auf dem Korridor in der Nähe eines Klosetts ihr Frühstück einzunehmen. Wahr ist, daß sie der Bequemlichkeit halber sich diesen Platz gewählt haben, obwohl ihnen ein Zimmer mit Tisch und Stühlen dazu zur Verfügung steht.

11. Es ist nicht wahr, daß ein Spielhündchen der Oekonomin auf Kosten des Gewerkschaftshauses üppig verpflegt wird. Wahr ist, daß unter Zustimmung der Verwaltung ein zumeist an der Kette liegender großer Hofhund gehalten und beköstigt wird.

12. Es ist nicht wahr, daß sich Unstimmigkeiten im Küchenbuch befinden. Wahr ist, daß bei den Eintragungen in das Küchenbuch bezüglich Küchenkräutern und dergleichen kleinerer Erwerbungen bisweilen summarisch verfahren ist, die Anschaffungen und der Verbrauch der Gegenstände aber völlig berechtigt war.

13. Es ist nicht wahr, daß unorganisierte Angestellte in der Herberge beschäftigt sind. Wahr ist, daß aus der Fremdenstube mehrfach Leute zu Hausdienern gewählt wurden, jedoch ist in jedem einzelnen Falle darauf geachtet, daß es sich um einen Mann handelte, der einer gewerkschaftlichen Organisation angehörte. Es ist nie ein Unorganisierter in der Herberge beschäftigt worden.

Aussperrung. Die Apparatebauanstalt Paul de Vroyl in Düsseldorf, Worringerstraße, hat ihre sämtlichen Mechaniker — geringfügiger Differenzen wegen — ausgesperrt. Der Metallarbeiterverband ersucht, den Zuzug von Mechanikern fernzuhalten.

Streikbrecher gesucht. In der Anschwiler Dampfziegelei bei Basel (Schweiz) sind die Arbeiter ausgesperrt worden. Jetzt sucht der Unternehmer in Posen und Schlesien 80 polnische Ziegeleiarbeiter anzuwerben, weshalb vor Zuzug nach dort gewarnt wird.

Die Differenzen in der Militäreffektenfabrik von J. C. Weill in München wurden vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts durch folgende Vereinbarung geschlichtet: Die Firma Weill verpflichtet sich, sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen bis Montag, den 1. März, wieder einzustellen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen verpflichten sich, soweit sie inzwischen nicht anderweitige Beschäftigung gefunden haben, die Arbeit anzunehmen. Die Firma verpflichtet sich, die Akkordlöhne, die am 1. Januar 1909 bezahlt wurden, weiter zu bezahlen. Maßregelungen wegen Beteiligung am Streik dürfen nicht stattfinden.

Einen schönen Erfolg über Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine, Gelbe und Handlungsgehilfen, erfocht am Montag bei der Vertreterwahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft Haynaus. Zirka 60 Prozent der wahlberechtigten Kassenmitglieder haben dank der rührigen Wahlarbeit der Hirsch-Dunckerschen und Gelben teilgenommen. Die Kartelliste erhielt 625 Stimmen, die vereinigten Arbeiterfeinde 226. Gegenüber der letzten Wahl haben trotz des Bündnisses die Gelben und Gewerkvereinler immer nur um 44 Stimmen, die freien Gewerkschaften um 239 Stimmen zugenommen. Die vereinigten Gegner hatten schon vorher das Fell des Bären verteilt, ehe sie ihn erlegt hatten.

Industrie, Handel und Verkehr.

Ki. **Auch ein Krisenabschluß.** Die Deutsche Spiegelglas-Aktiengesellschaft „Freden" erzielte im Geschäftsjahr 1908 nach Abschreibung von 185 000 Mk. einen Reingewinn von 1 065 629 Mark, während im Jahre 1907 der Reingewinn nach Abschreibungen von 170 000 Mk. sich auf 988 000 Mk. stellte. Es wird für das Krisenjahr 1908 eine Dividende von 24 Prozent zur Verteilung gelangen gegen 22 Prozent im Vorjahr. Diese Gewinnziffern werden noch bemerkenswerter durch die Bemerkung der Gesellschaft in ihrem Geschäftsbericht, daß das Ergebnis erzielt werden konnte, obwohl der Verbrauch von Spiegelglas in Deutschland und namentlich auf dem Weltmarkte infolge des Darniederliegens der Bautätigkeit allen Fabriken eine Einschränkung der Herstellung bis zu 60 Prozent auferlegte. Die Steigerung des Gewinns bei einer gleichzeitig erheblich eingeschränkten Produktion dürfte sich daraus erklären, daß das Spiegelglas-Syndikat Preiserhöhungen um etwa 30 Prozent diktieren und durchsetzen konnte.

Gerichtliches.

** **Bielefeld**, 23. Februar. Strafkammer. Der Steinbruchbesitzer Christian Dufte zu Fiestel war vom Schöffengericht zu Lübbecke wegen Diebstahls mit 1 Tage Gefängnis bestraft, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Er soll eines Tages dem Maurermeister Gürke zu Fiestel einige Bretter entwendet haben. Dem Angeklagten, der den Diebstahl bestritt, konnte die Absicht rechtswidriger Zueignung heute nicht nachgewiesen werden. Es wurde deshalb das erste Urteil aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen.

Der Bäckergeselle Alfred Träger von Breslau, zurzeit in Untersuchungshaft, u. a. schon fünfmal wegen Diebstahls vorbestraft, hatte in Gehlenbeck bei Lübbecke bei dem Bäckermeister Böckel Stellung gefunden, die er jedoch schon nach einigen Monaten, Mitte August 1907, wieder aufgab. Um besser fortzukommen, hat er sich selber ein Zeugnis angefertigt und sich mit diesem auf die Walze begeben, nachdem er der Haushälterin Bolles ein Paar Strümpfe und 2 Mk. bares Geld aus dem Koffer gestohlen hatte. Diesen Diebstahl gab er heute zu, während er bestritt, der Bolles ein Portemonnaie mit 4,50 Mk., einen Trauring und eine Brosche gestohlen zu haben. Wie die weitere Beweisaufnahme ergab, hat er dem Wirt Glauert zu Stockhausen 100 Mk. gestohlen, außerdem räumte er ein, der Ehefrau Bolle ein Armband und einen Schlüsselbund entwendet zu haben. Am 30. Dezember hat er in Barkhausen einen Betrag von 4 Mk., den er zur Uebermittelung von der Witwe Horst erhalten hatte, unterschlagen. Die Strafkammer verurteilte ihn heute wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle in 3 Fällen und Unterschlagung zu 1 Jahre und 3 Monaten Gefängnis und wegen Fälschung eines Führungsattestes zu 2 Wochen Haft.

Der Arbeiter Karl Westhoff von Minden, vorbestraft wegen Körperverletzung, Unterschlagung und Sachbeschädigung, hat am 5. August v. J. ohne jegliche Veranlassung dem Arbeiter Loges mit der Faust derart ins Gesicht geschlagen, daß diesem das Blut aus Nase und Mund geflossen ist. Er war wegen dieser rohen Mißhandlung vom Schöffengericht zu Minden mit 14 Tagen Gefängnis bestraft worden, wogegen er Berufung eingelegt hatte, weil er sich dem Loges gegenüber in Notwehr befunden haben will. Diese Einwendungen wurden durch die Beweisaufnahme widerlegt. Es wurde deshalb die vom Angeklagten eingelegte Berufung als unbegründet verworfen.

** **Bielefeld**, 24. Februar. Strafkammer. Der 19 Jahre alte Arbeiter August Wiehage von hier war beschuldigt, am 1. November vorigen Jahres vor der Eilötterschen Wirtschaft zu Bielefeld den 14 Jahre alten Arbeiter Bernh. Kott durch einen Faustschlag in das Gesicht und gleich darauf in der Jöllenbeckerstraße den Arbeiter Johann Brackfiel durch einen Messerstich mißhandelt zu haben. Dieser Messerstich hat das Ohr durchstochen und die Ohrmuschel fast vom Kopfe getrennt. Er suchte sich heute vor der Strafkammer durch den Einwand sinnloser Trunkenheit zu retten. Diese seine Angaben wurden durch die Beweisaufnahme geradezu widerlegt. Der Gerichtshof erkannte gegen ihn wegen einfacher und gefährlicher Körperverletzung in je einem Falle auf 10 Monate Gefängnis. Zu gleicher Zeit wurde er in Untersuchungshaft genommen.

Hinter verschlossenen Türen wurde gegen den Schlosser Paul John von hier wegen Aufforderung zum Verbrechen gegen das keimende Leben und Beleidigung verhandelt. Er wurde im Sinne der Anklage überführt und mit Rücksicht der an den Tag gelegten Gemeingefährlichkeit zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Militärisches.

4 Monate Gefängnis. Das Kriegsgericht in Straßburg verurteilte einen Soldaten wegen Ungehorsams vor versammelter Mannschaft zu 4 Monaten Gefängnis. Der Verurteilte verrichtete auf Befehl des Feldwebels eine Arbeit und weigerte sich deshalb, den Auftrag eines Unteroffiziers auszuführen.

Bestrafte Vorgesetzte. Im Juli vorigen Jahres waren Mannschaften des Telegraphenbataillons Nr. 3 in Koblenz auf der Karthause beim Schießen. Der Vizefeldwebel, der die Aufsicht führte, schickte die Leute, die ungenügend schossen, zum Sergeanten H., und dieser ließ sie durch den Unteroffizier B. derartig „nachüben", daß einer der Soldaten ohnmächtig zur Kaserne getragen werden mußte. Die Leute wurden hin- und hergehetzt, die Wälle auf- und abgejagt und dann wieder zum Schießstand geschickt, um zu schießen. Die Richter des Oberkriegsgerichts wiesen auf die Unmöglichkeit hin, daß dermaßen abgehetzte Soldaten noch schießen könnten. Der Vizefeldwebel wurde von der schuldhaften Vernachlässigung der Aufsicht freigesprochen, der Sergeant erhielt 3 Tage Mittelarrest, der Unteroffizier wurde ebenfalls freigesprochen.

So schützt die Militärjustiz wehrlose Soldaten gegen rücksichtslose Schindereien!

Vor dem Kriegsgericht des ersten Geschwaders in Kiel hatte sich am Dienstag der Bootmannsmaat vom Linienschiff Zähring, wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu verantworten. Der Bootmannsmaat hatte bei einer Felddienstübung einen Matrosen, der ihm nicht schnell genug lief, mit dem gezogenen Seitengewehr einen Schlag auf den Oberschenkel versetzt und stach ihn dann mit der Spitze des Seitengewehrs in das Kniegelenk, so daß eine tiefe Wunde entstand. Dafür erhielt der Vorgesetzte 45 Tage Gefängnis.

Vermischtes.

Der Unglücksfall an der Laufbrücke. Hamburg, 25. Febr. Soweit der Gang der Untersuchung bisher ergeben hat, ist festgestellt worden, daß der schon gemeldete Unfall an der Laufbrücke zur „Kaiserin Augusta Viktoria" sich bei dem Schichtwechsel der Arbeiter ereignete. Die Katastrophe ist auf das Verschulden der Arbeiter selbst zurückzuführen. Infolge der Ueberlastung rissen die Befestigungsseile durch, und alle dreißig Personen, die auf der Brücke standen, fielen ins Wasser. Bei der Dunkelheit gelang es nur nach den Hilferufen und Schreien der

Arbeiter 19 von den Verunglückten ans Land zu bringen. Drei Leute sind durch die im Wasser treibenden Eisschollen schwer verletzt, während vier andere mit leichteren Verletzungen davonkamen. Ueber die Zahl der Verletzten herrscht noch völlige Unklarheit, da die Leichen unter die Eisdecke getrieben worden sind und nicht gesehen werden können. Es wird jetzt noch nach den Leichen gefischt. Zwei Taucher der Hamburg-Amerika-Linie arbeiten unausgesetzt seit heute früh. Es waren bis 2 Uhr mittags 5 Leichen aufgefunden worden. Die Frau eines Arbeiters, deren zwei Knaben in das Wasser fielen, stürzte den Knaben nach. Die beiden Kinder wurden gerettet, die Frau ist ertrunken.

Ihren Verletzungen erlegen. Paris, 25. Februar. Die Schauspielerin Irene Muza, die gestern schwere Brandwunden erlitten hat, ist noch im Laufe des Tages den Verletzungen erlegen.

Ein Meteor. Cherbourg, 24. Febr. Verflossene Nacht wurde ein prachtvolles Meteor am Horizont beobachtet. Die Erscheinung dauerte eine längere Zeit und wurde von zahlreichen Personen gesehen. Die Laufbahn des Meteors ging von Südosten nach westlicher Richtung.

Aus der päpstlichen Adelsfabrik. Man erzählt, ein sehr wohlhabender, aber gänzlich titelloser Deutscher hätte eines Tages in einem Pariser Klub mit einem französischen Grafen gewettet, er würde binnen vier Wochen Graf sein. Der Gegenstand der Wette soll sehr hoch gewesen sein, so hoch jedenfalls, daß dem Deutschen, der die Wette gewann, indem er in der vereinbarten Frist den Grafentitel gegen Barzahlung von 20 000 Franken in Rom erstand, noch ein ganz hübscher Ueberschuß blieb.

Ob die kleine Geschichte sich wirklich auf diese Art abgespielt hat, läßt sich schwer feststellen. Sie klingt aber nicht unwahrscheinlich Es wird in der Tat in Rom noch immer ein recht schwunghaftes Adelsgeschäft betrieben.

Der bekannte katholische Schriftsteller Jean de Bonnefon weiß davon in einem soeben erschienenen Buche über den französischen Adel unter der dritten Republik (La Noblesse de France et les Anoblis de la République, Paris, Louis Michaud) mancherlei zu erzählen.

Die Preise, die Rom verlangt, sind verhältnismäßig leicht zu erschwingen. Für 50 000 Franken kann man Herzog, für 20 000 Graf und für 12 000 Baron werden. Seit einigen Jahren muß die ganze Summe im voraus bezahlt werden, während sie früher erst bei Aushändigung des Diploms eingefordert wurde. Da passierte es eines Tages, daß ein sehr reicher Bankier die Rechnung schließlich nur zur Hälfte beglich. Der Kardinal Antonelli, der damals Staatssekretär war, wußte sich zu helfen: er gab dem gegrafften Geizhals nachträglich noch feierlichst den Beinamen eines Grafen „v. Monte-Avarico" (vom Berge der Geizigen), und schleunigst schickte der Bankier den Rest des Betrages mit der dringenden Bitte ein, ihn von diesem allzu ausdrucksvollen Zusatze wieder zu befreien.

Manchmal überläßt der Papst einem Kardinal, der mit Geldnot zu kämpfen hat, einige leere Diplomformulare zu beliebiger Verwendung. Das Lateinisch, in dem diese Diplome ausgefertigt sind, ist nicht immer sehr klassisch, und die Verdienste und die Tugenden, die dem Empfänger darin bestätigt werden, entsprechen häufig nicht der Wirklichkeit.

Eines der stolzesten Diplome und das prächtigste Wappen besitzt der Inhaber einer bekannten Oelhandlung in Nizza, Herr Astraudo, der römischer Herzog ist. Aus einem Herrn Dachery, dem Sohne eines Ladenbesitzers in St Quentin, wird ein „Prince d'Achery", aus einem Herrn Henry ein „Prince de Nissole" und aus einem Herrn Laforge, der mit dem Strafgesetzbuche schon einige ziemlich üble Konflikte erlebt hatte, durch die Gnade des Vatikans ein „Fürst von Vittenval".

Die Söhne schnell reich gewordener Kaufmannsfamilien sind die besten Kunden dieser Adelsfabrik. Gewiß, man spottet über sie, aber die Welt hat ein schlechtes Gedächtnis, und die zweite, spätestens die dritte Generation braucht sich des Ursprungs ihres Adels nicht mehr zu schämen. Dann bilden sich die Enkel oder die Urenkel irgend eines braven Bürgers von St. Denis oder Passy, der im Spezereihandel ein hübsches Vermögen verdiente, vielleicht schon selbst ein, in gerader Linie von den Kreuzfahrern, den tapferen Waffengefährten Gottfried von Bouillons, abzustammen ....

Letzte Nachrichten.

Differdingen, 26. Februar. Hier losten junge angetrunkene Burschen, wer sich töten sollte. Das Los traf einen Bäckergesellen, der sich sofort durch einen Revolverschuß entleibte.

Würzburg, 26. Februar. Hier wurde der Institutsdiener Schneider wegen Ermordung eines Kollegen von der Strafkammer zu der für Jugendliche höchst zulässigen Strafe von 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Tat geschah am 22 August 1908. Der Mörder war geständig. Er hatte dem Ermordeten 3,60 Mk. geraubt.

Stendal, 26. Februar. Der Dampfer „Expreß" aus Tangermünde, der von Arneburg aus die Besucher der Deichbruchstelle Sandauer Fährholz beförderte, sitzt im Eise auf der Elbe fest. Die Feuerwehr in Sandau ist zur Rettung der Passagiere alarmiert worden.

Rotterdam, 26. Februar. Vom Haager Gericht wurde gestern der Zahnarzt Hamburger wegen Vergewaltigung einer Patientin, die er vorher chloroformiert hatte und welche Mutter wurde, zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt Es hatten sich mehrere Zeuginnen gemeldet, welche angaben, der Zahnarzt habe auch mit ihnen in der Narkose unzüchtige Handlungen vorgenommen, oder vorzunehmen versucht. Die meisten Mädchen und Frauen aber, welchen er nachstellte, haben wohl aus Scham geschwiegen.

Brüssel, 26. Februar. Der Expreßzug Calais—Brüssel, der 1 Uhr 45 Min. in Erquiliennes eintreffen mußte, stieß bei Roaniguis mit einigen dort haltenden Güterwagen zusammen. Hierbei wurden drei Personen getötet, 12 schwer und acht leichter verletzt. Unter den Opfern befindet sich kein Deutscher.

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Nr. 49.

Die heutige Nummer einschließlich der Unterhaltungs

Zur Reichsfi

lg. Als gestern im Reichstag di sitzung bekannt wurde, war noch handen, auf welcher Basis die K Allerdings ließ der Eifer der meisten um die Vertagung bemi man im Block noch einmal würde. Und wenn die Konser v. Hatzfeld und Gamp, die d sie mit dem Zentrum nicht verl desavouieren wollten, durften si ralen angebahnten Verständigun

Nach dem, was bis jetzt über bekannt wird, gewinnt es den An und Bassermann — wie s niert worden ist. Bülow ist als der Block in die Brüche geht, un im Kern des Blocks" ist dann Es ist daher durchaus verständ mann nach Kräften sich bemüh kleistern. **Ob ihnen das noch e dings zweifelhaft, aber nicht un Agrarier zur Annahme der Na — aber ist es denn das erste umfallen?**

So ungefähr stehen die Din geworden in der Haltung der Na noch an Grundsätzen, an einem direkten Reichsvermögenssteuer das hat augenscheinlich eine K rer beim Fürsten Bülo Reichstagskreisen verlautet, ist Vertreter der konservativen der freisinnigen Gruppen und teilgenommen haben dahin übe **fallen zu lassen, aber auch den C oder -Vermögenssteuer aufzuge steuer auszubauen.** Da dieser weiß, die erforderliche Summe wird, sollen auch einige neue ringeren Erträgen eingebracht schweigen beobachtet wird.

Die Richtigkeit dieser Meld dings verbürgt erscheint, wären servativen Sieger gebli trachten sie nicht als direkte S einen Ausbau nach ihren Wün Und die kleineren Steuervorla zogen werden sollen, werden ih

Aber der Arbeiter, der klei lagen, die dessen Interessen be gen, werden schneller erledigt weinsteuer, Erhöhung der Fe der Steuer auf die 4. Wagenkl den schneller Gesetz werden schwören.

Und dann wird fortgewur liberalen Aera. Wie lange n

Der „schöne Tra und Waise

Als Staatssekretär v. Be eine sozialpolitische Reichsta „schöne Traum", mit den fließenden Geldern bis zum und Waisenversicher flogen sei „Das Geld, das w glaubten, ist nicht da."

Herr v. Bethmann-Hollwe Abgeordneten gegenüber ei sein, denn anders hätte er z der Lex Trimborn sich etwas

Als das Zentrum 1902 de es sehr wohl, daß die katho Unwillen beobachteten, wie d neten die Interessen des Jun diese Arbeiter zu beruhigen.

Gestützt auf eine Aeuß Bülow vom 5. Mai 1901, wo künftigen Zollerhöhungen für teresse der minderbemittelte werden sollten, stellte der Abg des Zentrums einen Antrag, tarifgesetz vom 25. Dezember

„Der auf den Kopf der B enthaltende Nettozollertrag b 103, 105, 107, 107a und 160 Waren, welcher den nach dem 1898 bis 1903 auf den Kopf d zollertrag derselben Waren ü Durchführung einer Witwen wenden."

*) Zölle für Roggen, Wei

Die Tilgung der 3½prozentigen Bielefelder Stadtanleihe A,

Allerhöchstes Privilegium vom 14. Februar 1881, erfolgt in diesem Jahre durch **Ankauf.** Rückständig aus früheren Verlosungen sind:

Auslosung zum 1. April 1907: Nr. 981 und 1827 zu 500 Mk.

Auslosung zum 1. April 1908: Nr. 1045, 1077, 1097, 1125, 1894 und 2138 zu je 500 Mk. 4916

Bielefeld, den 5. Oktober 1908.

Der Magistrat.

Freitag, den 26. Februar, abends 8 Uhr:

Künstler-Konzert

des Städtischen Orchesters
im Stadt-Theater.

Leitung: Kapellmeister Max Cahnbley.
Solisten: Königl. sächs. Kammersängerin Helene Staegemann, Sopran.
Walter Frings, Violine.

Gluck.	Ouverture „Ephigenie in Aulis".
Mozart.	Arie aus „Il re pastore".
Beethoven.	Violin-Konzert D-dur.
v. Moellendorf.	Winter. — Frühlings-Einzug.
Lieder von **Wolf, Grieg, Gutheil.**	
Weber.	Ouverture „Freischütz".

Preise der Plätze: 1079

Fremden-, Orchester- u. 1. Rangloge	3,50 Mk.	2. Rang, 2 und 3. Reihe	1,25 Mk.
1. Rang-Balkon	3,00 „	2. Rang 4. bis 6. Reihe	1,00 „
Parkett-Fauteuil und 1. Parkett	2,50 „	Amphi-Theater 1. bis 3. Reihe	0,75 „
2. Parkett und 2. Rang-Balkon	1,50 „	„ 4. bis 5. „	0,50 „
		Gallerie	0,30 „

Vorverkauf in der Musikalienhandlung **H. Selle.**
Den Konzert-Flügel (Bechstein) stellt die Firma Th. Mann & Co., hier.

Auf zum Schlosshof!

Sonntag, den 28. Februar:

Grosses Kappen- und Bockbier-Fest

Eintritt: 1117
Herren 30 Pfg., Damen 20 Pfg.
Kappen gratis!
Es ladet freundlichst ein **W. Ellermeyer.**

Biograph-Zentrale

Alter Markt 4 **HERFORD** Alter Markt 4
bleibt unerreicht! 1172
Immer die Ersten! Immer das Neueste!
Sonnabend 5 Uhr — Sonntag 3 Uhr:

Die grosse Ueberschwemmung im Elbgebiete.
Dammbruch bei Werben. — Gefährliches Eistreiben 12 Meter hoher Eisschollenberge. — Dammbruch bei Kommenberg. — Stromschnellen mit 46 Millonen cbm Wasserdrang. — Eingestürzte Häuser. — Pioniere bei der Rettung. Heitere Episoden beim Verladen von gerettetem Vieh. — Seehausen unter Wasser. — Der Kronprinz im Ueberschwemmungsgebiet usw.
Aufgenommen unter persönlicher Lebensgefahr der Operateure. Vorgänge, die seit drei Menschenalter nicht mehr gesehen. Das muß man sehen.

Liebe im Mittelalter
(großartiges Drama).

Johanne und ihre Gans	Der Bucklige
Die beiden Verehrer	Imitationsgeist

Höchst interessant. **Im Londoner Zoo** Höchst interessant.

Die Alexandrinen-Quadrille (wundervoll koloriert) getanzt von dem Königlichen Kinderballett in Kopenhagen.
Es ladet ergebenst ein **Die Direktion.**

Knorr's Haferflocken

bestes Rohmaterial und sorgfältige Fabrikation bedingen die wertvollen Eigenschaften von Knorr's Haferflocken als leicht verdauliche, nahrhafte und bekömmliche Speise.
Für Kindernahrung empfehlen viele Aerzte Knorr's Hafermehl. 5869

Gewerkschafts-Kartell

für Bielefeld und Umgegend.
Dienstag, den 2. März, abends 8½ Uhr bei **Jndiestel:**

Oeffentl. Versammlung

aller dem Gewerkschafts-Kartell angeschlossenen Gewerkschaften.

Tages-Ordnung.
1. Bericht des Arbeitersekretärs für das Jahr 1908.
2. Bericht des Kartellausschusses für das Jahr 1908.
3. Verschiedenes.

Die Gewerkschaftsvorstände werden ersucht, für guten Besuch der Gewerkschaftsmitglieder Sorge zu tragen. 1153

Der gedruckte Jahresbericht kann seitens der Gewerkschaftsvorstände beim Vorsitzenden des Ausschusses, Marktstraße 8, in Empfang genommen werden.
Der Ausschuß.

Sozialdemokratische Gemeindebibliothek.

Soeben ist erschienen:
Heft 9. **Hygiene der Städte.**
I. **Die Trinkwasserversorgung.** Von Dr. J. Zadek.
Preis **50** Pfg. (Porto 5 Pfg.)

Passage-Theater

HERFORD Radewigerstr. 24 **HERFORD**
Programm: 1176

Die hübsche Blumenverkäuferin
spannend dramatisch.

Prometheus Griechisches Drama. | **Die Grotesken** Herrlich koloriert.

Der Prahlhans • Ein komischer Fall • Lebende Spiegel
3 humoristische Schlager.

Wittern der Polizeihunde | **Tonwarenindustrie**
2 hochinteressante Naturaufnahmen.

Neues Tonbild! **„Nakwahr"** Neues Tonbild!

Zur Besichtigung unseres reichhaltigen Programms ladet ergebenst ein
Die Direktion.



Wochenmarkts-Preise

in Bielefeld
am 25. Februar 1909.

Butter	per Pfd.	100—	115
Rindfleisch	„ „	70—	75
Schweinefleisch	„ „	75—	85
Speck	„ „	80—	85
Kalbfleisch	„ „	75—	80
Hammelfleisch	„ „	75—	85
Eier	„ „	65—	70
Zwiebeln	½ Kilo	18—	20
Aepfel	„ „	20—	30
Wurzeln, alte, pr.	Bund		—
„ neue, „	„	6—	8
Kartoffeln, neue, pr.	1 Pfd.	4—	5
„ alte, „	1 „		—
Blumenkohl pr.	Stück	35—	50
Kopfsalat	„ „		—
Kappus	„ „	25—	40
Rotkohl	„ „	25—	40
Wirsing	„ „	20—	35
Steckrüben	„ „	6—	8
Kohlrabi	„ „		—
Gurken	„ „		—
Kartoffeln	150 Pfund	525—	600

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Ueberschrift 10 Pfg. ✱ Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Verehrte Hausfrau!
Meine Süßrahm-Land-Margarine, per Pfd. 70 und 80 Pfg., nebst den bekannten Zugaben, ersetzt in jeder Weise beste Naturbutter. Machen Sie bitte den Versuch. Kaufhaus Kreuzstraße 28. [1152

Herde,
Oefen und Haushaltungsgegenstände in großer Auswahl, auch bei Teilzahlungen, empfiehlt C. Brakemeier Rohrteichstraße 72, gegenüber der Schule. 570

Kleiderschränke
von 25 Mk., Bettstellen 15 Mk., Tische 5 Mk. an. Nur Lager, kein Laden, daher billiger als jede Konkurrenz. Brunnenstraße 12 a, 2 Min. vom Stadttheater. [949

Büffets
sehr billig bei F. Mertens. [62

Herrenzimmer, 97
eiche, sehr billig bei F. Mertens.

Speisezimmer, 98
eiche, sehr billig bei F. Mertens.

Salons,
moderne, Mahagoni, Gelegenheitskauf bei F. Mertens. 99

Wegen
Umzug gänzlicher Ausverkauf sämtlicher Schuhwaren zu Preisen, die alles seither Gebotene übertreffen, Gummi- und Winterschuhe zu Hälfte des reellen Wertes. Heinr. Meyer, Mellerstraße 26. [373

Getragene
Anzüge, Jacketts, Hosen, Westen, Damengarderobe, Kindergarderobe, Schuhe und Stiefel kaufen Sie billig bei W. Wörmann, Ravensbergerstr. 6, neben Gundlachs und Hengstenbergs Fabriken. 1145*

Palmona,
beste Pflanzenbutter, im Geschmack vorzüglich, stets frisch vorrätig. Herm Ottensmann, Webereistr. 28. [1158*

Eier,
frisch, Pfd. 65 Pfg., bei größerer Abnahme billiger, empfiehlt Herm. Ottensmann, Webereistr. 28. [1156*

Aufnehmer, [1157*
Bürstenwaren, nur in bester Qualität, zu den billigsten Preisen, empfiehlt Herm. Ottensmann, Webereistraße 28.

1119* **Wäsche**
zum Waschen und Plätten nimmt an Emilie Möller, Heeperstr. 310, II.

Waschmaschinen
für 18,— Mark, Ansicht gern gestattet, bei W. Bultmann, Ritterstraße 16 [1167*

Frische Eier
heute Pfd. 65 Pfg. Hille. [1159

Aepfel,
große Auswahl. Hille. [1160

Apfelsinen,
4 Stück 10 Pfg. Hille. [1161

Grüne
Heringe, blutfrisch, 2 Pfd. 25 Pfg. Kronsbein, Bleichstr. 1173*

Billig
abzugeben habe eine größere Partie wenig getragener herrschaftlicher Damenkleider. Wellmann, Notpfortenstraße. 1171

Mittagstisch,
guten bürgerlichen, und Abendbrot empfiehlt Frau Kulms, Detmold, Krummestraße 11. [1074

Halte
den geehrten Bewohnern von Sieker und Umgegend mein Sarg-Magazin, sämtliche Bedarfsartikel bei Sterbefällen, sowie meinen modern ausgestatteten Leichen-Wagen bestens empfohlen. Adolf Kley, Sieker, bei Schule III. [561

Ziege, [1164*
junge, zu verkaufen. Stieghorst 131.

Preis-Skat.
Sonntag, 28. Februar, nachmittags 5 Uhr: Großer Preis-Skat. Wilh. Pott, Victoriastr. 65. 1085*

Preis-Skat
Sonnabend 9 Uhr. Stehbierhalle Vollmer, Jöllenbeckerstr. 103. Sonntag nachmittag 4 Uhr daselbst Bauern-Skat. Gediegene Preise. [1129

Preis-Skat.
Sonnabend, den 27. d. Mts., abends ½9 Uhr. Restaurant Sewing, Eggetal. [1163*

Preis-Skat
Sonnabend, den 27. Februar, Restaurant Heybrock, Spindelstr. [1175*

Damen-
Uhren in Gold und Silber, wie neu, sowie Uhrketten billigst bei Wellmann, Notpfortenstraße. 1170

Brackwede! 618*
Empfehle mein neu eingerichtetes Friseurgeschäft gegenüber dem Stanzwerk zur freundlichen Benutzung. Fritz Riediek, Friseur.

Westennäherinnen,
geübte, auf sofort gesucht. Eblentrupperweg 43 a, 1. Etg. [1132*

Wohnung,
abgeschlossene, von 5 Räumen, mit Stallung und Land, zum 1. April 1909 oder später zu vermieten bei Nolte, Zentralfeld 8, Gadderbaum. [1166*